1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26 vom 29. Juni 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

„Wir sind nun mal in der NATO"

Seit mindestens 1968 gibt es „Informationsberichte" der Polizei, die jegliche politische Aktivität, Widerstandshandlung, jeden Protest beinhalten und an alle bundesdeutschen Geheimdienste und die der NATO (!) gegeben werden.

In Hamburg wurde jetzt enthüllt, daß solche Berichte neben der Staatsanwaltschaft, dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern auch den Landes- und Bundesämtern für Verfassungsschutz, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundesnachrichtendienst auch den Geheimdiensten der USA, Großbritanniens und der Verbindungsstelle der NATO in Kiel zugehen.

Jeder Plakatkleber, jeder Teilnehmer einer Solidaritätsaktion für politische Gefangene in der Türkei, die Aktivisten bei Blokkaden der Friedensbewegung in den Listen der NATO-Geheimdienste! Ein Riesenskandal.

Aber wie sagte ein SPD-Abgeordneter in der Debatte der Hamburger Bürgerschaft: „Wir sind nun mal in der NATO! (...) Wir müssen uns an die Verpflichtungen, die wir mit diesem NATO-Truppenvertrag eingegangen sind, auch halten..."



Mitteilung der Redaktion

Liebe Leser, dies ist für vier Wochen die letzte „normale" Ausgabe des „Roten Morgen". Während der Betriebsferien des Verlags im Juli wird der RM lediglich als Streikzeitung für den Arbeitskampf und als vierseitige „Not"-Ausgabe für die Abonnenten erscheinen. Der nächste „reguläre" Rote Morgen erscheint dann wieder am 3. August.

Wir wünschen allen urlaubmachenden Lesern gute Erholung und schönes Wetter, der Streikfront im Lande Mut, Ausdauer und Kraft zum Sieg, wozu wir mit dem RM ein wenig beitragen möchten.

Redaktion Roter Morgen



Lebers Kompromiß ist Beschiß

„Lebers Kompromiß ist Beschiß" — das war die erste Reaktion vieler Kollegen nach Bekanntwerden des Schlichtungsvorschlags, den Georg Leber für den Arbeitskampf im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden gemacht hat. Und das ist tatsächlich die schlichte und traurige Wahrheit:

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung enthält der Leber-Vorschlag keine generelle Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Metaller. Zwar soll in jedem Betrieb die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei 38,5 Stunden liegen. Aber die faktische betriebliche Arbeitszeit soll durch Betriebsvereinbarungen festgelegt werden. Ein Teil der Kollegen würde weiterhin 40 Stunden arbeiten wie bisher, ein anderer Teil vielleicht 37 Stunden verbunden mit Ausdehnung der Schichtarbeit.

Da zählt es wenig, daß im Tarifvertrag die 38,5 Stunden als wöchentliche Regelarbeitszeit festgeschrieben werden soll. Lebers „tarifpolitisches Neuland" besteht ja gerade darin, daß die einheitliche tarifvertragliche Regelung der Arbeitszeit weitgehend aufgehoben wird zugunsten der von den Unternehmern von Anfang an geforderten Flexibilisierung der Arbeitszeit. Damit öffnet der Leber-Vorschlag Tendenzen zur Untergrabung des Tarifvertragssystems, zur Spaltung und Aufsplitterung der Metallarbeiterschaft Tür und Tor.

Lebers Vorschlag verwirklicht den vollen Lohnausgleich keineswegs. Zwar soll zunächst ein nominaler Lohnausgleich für Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitszeit ab April nächsten Jahres unter 40 Stunden liegen soll, gewährt werden, aber ab 1986 soll er in Schritten von 25 Prozent von den dann vereinbarten Lohnerhöhungen wieder abgezogen werden.

Lebers Vorschlag beinhaltet einen einschneidenden Reallohnabbau. Auf das Jahr umgerechnet ergibt sich für 1984 eine nominale Lohnerhöhung von 2,7 Prozent. Dieser Prozentsatz wird noch dadurch gemindert, daß die nächste Lohnerhöhung um 2 Prozent erst zum 1. April nächsten Jahres in Kraft treten soll.

Die Unternehmer haben ihr zu Beginn der Tarifrunde gemachtes Angebot (3,3 Prozent mehr Lohn, Vorruhestand) vom Volumen der Kostenbelastung auf über 4 Prozent beziffert. Bleibt festzustellen, daß der Leber-Vorschlag kostenmäßig unter dem Unternehmerangebot bleibt. Auch unter diesem Gesichtspunkt läßt sich ein vernichtenderes Urteil über diesen sogenannten Kompromiß kaum fällen.



Zehntausende Gewerkschafter demonstrierten am vergangenen Wochenende in 15 Städten Westdeutschlands und in Westberlin ihre Solidarität mit den streikenden Druckern und Metallern. Während von den Rednern die Unternehmerhaltung kritisiert wurde und immer wieder die Kampfbereitschaft der Gewerkschaft beschworen wurde, machte sich unter vielen Teilnehmern der Kundgebung Besorgnis wegen des Leber-Plans breit, der gerade veröffentlicht worden war.

Der Leber-Plan (Stand 26. Juni)

Regelung für 1984

Ab 1. Juli 1984 werden die Löhne und Gehälter um 3,3 Prozent erhöht. Für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeitnehmer, die nicht gearbeitet haben, aber seit dem 1.4.84 in einem Arbeitsverhältnis waren, wird eine einmalige Ausgleichszahlung von 250,— DM vorgenommen. Die Laufzeit des Lohnabkommens endet am 31.3.1985.

Regelung für 1985

Die Arbeitszeit für alle Betriebe im fachlichen Geltungsbereich wird ab 1. April 1985um 1 1/2 Stunden verkürzt. Mithin beträgt die neue tarifliche Wochenarbeitszeit im Betrieb 38,5 Stunden. Der Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung beträgt ab 1. April 1985 3,9 Prozent.

Für solche Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarung unter 38,5 Stunden festgelegt wird, wird zu diesem Lohnausgleich eine zusätzliche Ausgleichszahlung vorgenommen, um zu erreichen, daß ihr Einkommen auf der Höhe des Einkommens eines Arbeitnehmers erhalten bleibt, der 38,5 Stunden in der Woche arbeitet.

Auf Lohnerhöhungen ab 1. April 1986 wird die Ausgleichszahlung um jeweils 25 Prozent vermindert.

Die betriebliche Arbeitszeit kann so differenziert werden, daß sie nicht über 40 Stunden und nicht unter 37 Stunden in der Woche beträgt. Teilzeitarbeit bleibt von dieser Regelung unberührt. Die tariflichen Löhne und Gehälter werden mit Wirkung vom 1. April 85 um 2 Prozent erhöht. Die Laufzeit dieses Abkommens beträgt 12 Monate.

Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb beträgt 38,5 Stunden. Die Arbeitszeit im Betrieb wird im Rahmen des Volumens, das sich aus der für den Betrieb festgelegten tariflich wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergibt, durch Betriebsvereinbarung geregelt. Dabei können für Teile des Betriebs oder für Gruppen der Belegschaft unterschiedliche Wochenarbeitszeiten festgelegt werden. Die veränderte Arbeitszeit tirtt am 1. April 1985 in Kraft. Sie ist unkündbar bis zum 30. September 1986.

Frankes und Blüms Rechtsbruch offenkundig

Franke will Gerichtsurteil umgehen

Das Landessozialgericht Darmstadt hat in zweiter Instanz den sogenannten Franke-Erlaß, demzufolge die Bundesanstalt für Arbeit die Zahlung von Kurzarbeitergeld an die kalt Ausgesperrten verweigert, ausgesetzt und somit für rechtswidrig befunden.

BfA-Chef Franke aber will offenkundig dieses Gerichtsurteil umgehen. Er hat die Arbeitsämter angewiesen, Kurzarbeitergeld-Anträge von kalt Ausgesperrten zu bearbeiten. Aber die Zahlung von Kurzarbeitergeld soll nur unter „Vorbehalt" erfolgen. Das bedeutet konkret, daß die betroffenen Kolleginnen und Kollegen damit rechnen müssen, daß die Bundesanstalt das Geld von ihnen zurückfordern wird. Vorwand für Franke ist, es werde ja noch ein Verfahren in der Hauptsache geben, da rechne er damit, daß sich sein Rechtsstandpunkt durchsetzen werde. Daneben haben die Metall-Kapitalisten am Sonntag noch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, mit der sie die Vollziehung der Urteile von Bremen und Darmstadt aussetzen lassen wollen. Bei Redaktionsschluß lag noch keine Äußerung aus Karlsruhe vor.

Endlich —

Lambsdorff zurückgetreten!

Mitternacht am 26.6.1984 — der „Spendensammler" Lambsdorff erklärt seinen Rücktritt vom Amt des Bundeswirtschaftsministers, da in der kommenden Woche mit der Anklageerhebung gegen ihn zu rechnen sei.



Hektische Betriebsamkeit am heutigen Mittwoch, während diese Zeilen geschrieben werden, in Bonn, besonders in der FDP. Nach diesem Schritt Lambsdorffs, nach der Ankündigung Genschers schon im Jahr 85 als Parteivorsitzender zurückzutreten und den Enthüllungen über den NRW-Vorsitzenden Möllemann über die Verbindung privater und politischer Geschäfte, wird der ehemalige Europaparlamentarier Bangemann als neuer Wirtschaftsminister und Parteivorsitzender gehandelt. Möllemann soll noch mal eine Chance gegeben werden, wenn er die FDP in NRW bei der Kommunalwahl 84 im September über die 5 Prozent bringt. Alles in allem — die FDP auf dem Weg zur ... Partei?!! Verdient hat sie es!

ÖTV-Kongreß

Vorrang für 35 erst nach langen Diskussionen

Am Samstag ging der 10. ordentliche Kongreß der ÖTV zu Ende, genauer gesagt wurde er vertagt; er wird im Spätherbst fortgesetzt werden müssen, weil noch rund 300 Anträge zu behandeln sind.

Erst nach mehrstündigen und teilweise sehr heftigen Auseinandersetzungen wurde am Freitagabend beschlossen, daß die 35-Stunden-Woche bzw. eine entsprechende Verkürzung der Jahresarbeitszeit in den Vordergrund der tariflichen Arbeitszeitpolitik bzw. eine entsprechende Verkürzung der Jahresarbeitszeit gestellt werden soll. Gleichzeitig wird in der Entschließung auch betont, daß die Verkürzung der Lebensarbeitszeit von höchster Dringlichkeit sei.

Der Kompromißcharakter dieser Resolution ist offenkundig. Die Delegierten, die sich gegen die Forderung der 35-Stunden-Woche wandten, sprachen sich für eine Vorruhestandsregelung aus. Es ist erfreulich, daß die Kolleginnen und Kollegen sich schließlich durchsetzen konnten, die die zweitgrößte Einzelgewerkschaft des DGB in die Kampffront für die 35-Stunden-Woche eingliedern wollen. Man kommt nicht umhin festzustellen, daß auch Monika Wulf-Mathies, die als Vorsitzende mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, sich seit Monaten energisch für die 35-Stunden-Woche stark gemacht hat.

Die ÖTV steht zugleich vor der schwierigen Aufgabe, die von der Bundesregierung schon beschlossene Nullrunde im Herbst zu verhindern. Monika Wulf-Mathies rief zum Abschluß des Kongresses die Delegierten und Delegierten auf, sofort mit den Vorbereitungen für einen Arbeitskampf zu beginnen.

Im Juli erneut Prozeß wegen antimilitaristischen Soldatenaufrufs

Staatsanwalt: Sicherheit der BRD in Gefahr

127 Soldaten und Reservisten unterzeichneten bisher einen Soldatenaufruf: Für den Frieden! Erklärung gegen den Krieg! (Wir dokumentieren den Text des Aufrufs auf dieser Seite). Im Juni 1980 erschien der Aufruf das erste Mal mit 56 Unterzeichnern. Im ganzen Bundesgebiet traten Soldaten, Reservisten und Antimilitaristen vor Rüstungsbetrieben, Kasernen und auf Demonstrationen mit diesem Aufruf auf. Die Bundeswehr schlug sofort zu, leitete Verfahren gegen Offiziere mit dem Ziel der Degradierung ein, verhängte Arrest und Disziplinarstrafen und ließ Reservisten ausmustern, d.h. praktisch für "wehrunwürdig" erklären.

Die Unterstützung für den Aufruf wurde aber immer breiter. Jugendverbände und -gruppen, gewerkschaftliche Gruppen, Einzelpersönlichkeiten, Friedensinitiativen solidarisierten sich, immer neue Aufrufer kamen dazu. Die verteilte Auflage stieg auf über 100000.

Zwei Jahre nach der Erstveröffentlichung trat dann die Staatsanwaltschaft mit großangelegten Klageversuchen auf den Plan. Der presserechtlich Verantwortliche — Carl Christian Ebell, Stabsarzt der Reserve — sollte angeklagt werden wegen: Gehorsamsverweigerung, Wehrkraftzersetzung, Meutrei und Rädelsführerschaft. Die Staatsanwaltschaft bemühte dazu die Paragraphen 89, 111, 52, 20, 27 des Strafgesetzbuches, drohte also mit sehr hohen Strafen. Ein Satz des Aufrufs war für die Staatsanwaltschaft vor allem ein Stein des Anstoßes: „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn."

Obwohl im ersten Anlauf die Staatsanwaltschaft verlor, weil die Staatsschutzkammer des Landgerichts Koblenz ihren Strafanträgen nicht folgte, gab sie sich nicht geschlagen. Inzwischen gibt es eine neue Anklageschrift, datiert vom 9.3.84. Darin wird Carl Christian Ebell beschuldigt, 1. versucht zu haben, auf Angehörige der Bundeswehr einzuwirken, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD eingesetzt zu haben; 2. die Anklageschrift und andere amtliche Schriftstücke des Strafverfahrens im Wortlaut veröffentlicht zu haben, was seit einigen Jahren verboten ist.

Der Prozeß wird am 5.7., 9.00 Uhr vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Koblenz stattfinden. Die Unterzeichner des Soldatenaufrufs werden Carl Ebell am Prozeßtag solidarisch begleiten und sich alle selbst anklagen, ebenfalls hinter dem Aufruf und der Aussage zu stehen: "Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn."

Wer den Aufruf jetzt noch unterstützen will, kann sich wenden an: Alfons Lorenz, Streitfeldstr. 28, 8000 München 80.

Soldatenaufruf:

Für den Frieden! Erklärung gegen den Krieg!

Wir Soldaten und Reservisten der Bundeswehr wenden uns an alle Menschen dieses Landes, die den Frieden bedroht sehen. Wir aktiven Soldaten und Reservisten sind im Ernstfall die ersten an der Front. Wir wurden an der Waffe ausgebildet und kennen die Wirkung dieser Waffen, die wir zu bedienen haben. Wir lieben unser Land und lehnen es daher ab, dieses Land in den Krieg zu führen, Werktätige anderer Völker zu töten und Frauen und Müttern Söhne und Männer zu nehmen.

Kein geringerer als der Bundeskänzler dieser Republik Helmut Schmidt vergleicht die Weltlage mit der Juli-Krise von 1914. Damals diente als Anlaß des Krieges die Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand. Die Ursache des Krieges war eine andere! Die Herren der Welt wollten diese neu unter sich verteilen. Jeder wollte die Kolonien, Rohstoffquellen und Absatzmärkte des anderen einkassieren. Alles rasselte mit dem Säbel, alles wartete auf den Anlaß zum Losschlagen. Knallharte Kapitalsinteressen diktierten den Krieg unserer Großväter.

Im zweiten Weltkrieg, dem Krieg unserer Väter, ging es um nichts anderes. Der Ruf nach „mehr Lebensraum für das deutsche Volk" war der Ruf nach mehr Lebensraum für den Profit gewissen- und skrupelloser Unternehmer!

Und für welche Interessen sollen wir unseren Krieg führen?

Die neuen Interessensphären sind längst abgesteckt. Die durch die militärische Niederlage in Vietnam und den Sturz der von ihr gelenkten Diktaturen im Iran, Nicaragua und anderswo marode gewordene Supermacht USA will ihre Weltgeltung bewahren und versichert sich dafür der Unterstützung ihrer Bündnispartner. Ein Einmarsch in den Iran ist mehr als nur denkbar. Aus „humanitären Gründen" will die USA-Regierung die Schwelle der militärischen Aggression unter Mißachtung jeglicher nationaler Souveränität überschritten haben. Aus humanitären Gründen wird aber kein Weltkrieg provoziert. Sollen die 53 Geiseln der neue willkommene Kriegsanlaß sein? Wird deshalb der Schah nicht ausgeliefert?

Gewisse Herrschaften dieses vom Krieg geteilten Landes wollen eine Supermacht Deutschland, stark genug, die nie aufgegebenen „Ansprüche" im Osten durchzusetzen und der Welt den deutschen Stempel aufzudrücken. Bei seiner derzeitigen Politik muß sich der Bundeskanzler die Frage gefallen lassen, ob er sich zum Büttel solcher Interessen machen will! Bereits zweimal in diesem Jahrhundert ging von deutschem Boden ein Krieg aus, über Millionen von Menschen wurde Tod und Unglück gebracht. Unser Land wurde dadurch nur kleiner. Gerade eine deutsche Regierung ist darum also verpflichtet, alles zu tun, um Krieg zu vermeiden.

Will die westdeutsche Regierung weiter eine Aggressionspolitik unterstützen, die das Eingreifen der Sowjetunion geradezu herausfordert? Können die Herren Japans, Frankreichs, Englands es sich leisten, beim Versuch der neuen Aufteilung des Weltkuchens zuzusehen oder gar selbst Gegenstand der Neuaufteilung zu werden?

Wir marschieren nicht für Kapitalinteressen in einen Krieg, der nur auf dem Rücken der Werktätigen geführt wird.

Wir wissen: jedes Mal, wenn der Bundeskanzler Solidarität und Bündnistreue zu der aggressiven Politik der USA-Regierung gelobt, wird unser Land näher an den Kriegsabgrund geführt.

Wir wissen: jede Stärkung der Kriegsinteressen der NATO erleichtert Strauß und seiner Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes den Sieg.

Wir wissen: Krieg ist kein Naturgesetz, dieser Krieg ist verhinderbar.

Wir wollen dem iranischen Volk keinen neuen Schah verschaffen.

Wir wollen kein neues 1914 und keine innere Kräfteverschiebung wie 1933.

Wir wenden uns gegen jede Form der Kriegshetze und aggressiven Kriegspolitik.

Wir wenden uns gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO und die sogenannte Nachrüstung.

Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn.

Tapfer ist nicht derjenige, der sich blindlings in den Krieg treiben läßt, sondern derjenige, der sich einer gefährlichen Entwicklung entgegenstemmt.

Lieber ein Jahr Bau als ein Tag Iran!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Widerstand gegen die EG-Milchquotenregelung

Angriff auf die kleinen und mittleren Bauern

Aktionen in der Wesermarsch

Seit es die neue Milchquotenregelung der Europäischen Gemeinschaft gibt, regt sich Widerstand dagegen. Die konkreten Regelungen der Bonner Regierung werden vom Deutschen Bauernverband in wesentlichen Punkten mitgetragen, wurden z. T. sogar gefordert. So kommt vom Bauernverband, der vor allem die Interessen der Großen vertritt, kein Widerstand gegen diese bauernfeindlichen Regelungen. Es gibt lediglich Kritik an einigen Ausformulierungen der Härtefallregelung. Die kleinen und mittleren Bauern aber haben ihren Widerstand begonnen.

So hat sich eine „Schutzgemeinschaft gegen die Quotenregelung" gebildet. Sie wird getragen, vor allem von der Westfälisch-Lippischen Landjugend, der Evangelischen Jugend auf dem Land, Teilen der Katholischen Landjugend sowie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die das „Bauernblatt" herausgibt, in diese Arbeitsgemeinschaft ist auch die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk mit der Zeitung "Freies Landvolk" eingetreten.

Diese Schutzgemeinschaft gegen die Quotenregelung will unter den Bauern politisch gegen diese Regelung mobilisieren und gleichzeitig eine Verfassungsklage gegen diese Milchquotenregelung anstrengen.

Konkreten Widerstand von Betroffenen gibt es vor allem in Süddeutschland, in Baden-Württemberg, wo es viel mehr kleinere Höfe gibt, als in Norddeutschland. Von dort oben aber, aus der Wesermarsch bekam der "Rote Morgen" einen konkreten Bericht über den Widerstand gegen die EG-Milchquotenregelung.

Unser Korrespondent berichtet von einer Versammlung des Kreislandvolkverbandes, bei der es zu teilweise erregten Diskussionen kam, als Transparente in der Versammlung getragen wurden, auf denen stand: *„Milchquoten vernichten kleine und mittlere Bauern. Mitverantwortlich dafür ist der Deutsche Bauernverband. Gilt seine Sorge nur den Großbetrieben?"* Die Regelung ist zwar schon seit dem 2. April in Kraft, aber viele wissen noch nichts Genaues darüber. Nach der Regelung wird von jedem Liter überlieferter Milch (also die Menge, die über der zugestandenen Quote liegt) 52,3 Pfennig vom Preis abgezogen. Der Bauer erhält dann lediglich 10 Pfennig pro Liter. Um aber einen Liter Milch zu produzieren, muß der Bauer zwischen 46 und 47 Pfennig aufwenden!

Nachdem in der Wesermarsch die Molkereien die ersten noch vorläufigen Quoten bekanntgegeben hatten, taten sich spontan zwei Bauern zu einer Protestaktion zusammen (siehe auch die Bilder). Sie trieben ihre Kühe auf eine viel befahrene Straße und blockierten den Verkehr. Diese Aktion kam bei den Berufskollegen gut an und man traf sich öfters zu Versammlungen. Dann beschlossen die Bauern eine Demonstration. Zwar kamen nur 15 Bauern mit ihren Treckern, weil viele noch in der Heu- und Silageernte beschäftigt waren, oder auch einfach noch "Schiß inne Büx" hatten, aber diese Aktion war kein Einzelfall mehr.

An einem anderen Ort des Landkreises demonstrierten 25 Bauern, als die gar nicht zimperlich waren, als die Polizei trotz ihrer Blockadeaktion den Verkehr flüssig halten wollte. *„Es gab eine regelrechte Bullenjagd"*, meint unser Korrespondent und spricht von der Polizei, die in einem Fall sogar *„reiß-aus über die Weiden"* nehmen mußte, *„um nicht dem Zorn der Bauern zum Opfer zu fallen"*. Weiter wird aus der Wesermarsch berichtet:

„Diese Aktionen haben dazu beigetragen, daß sich in unserem Landkreis ein Klima entwickelt hat, daß sich stark gegen die Milchquotenregelung richtet, aber auch gegen die Bonner Koalition, wobei man sehen muß, daß viele Bauern die treuesten Stammwähler der CDU, CSU und FDP gewesen sind.

Eine Besonderheit spielt bei uns noch eine Rolle. Hier sind 98 Prozent des Landes Grünland, das nicht ackerfähig ist. Das heißt, die Bauern sind auf die Milchproduktion angewiesen. Sie können nicht einfach auf Getreide oder sonstige Sachen ausweichen. Von daher ist es auch zu verstehen, daß alle Parteien eine Resolution in den Kreistag eingebracht haben, mit der sie fordern, daß die Milchquotenregelung zumindest für unseren Landkreis keine Gültigkeit haben soll. Dabei hat sich die SPD hier sogar unsere Forderungen zu eigen gemacht. Die gehen auch davon aus, daß die Milchproduktion eingedämmt wird, fordern aber, daß die Milchquoten nicht nach der Milchanlieferung des vergangenen Jahres berechnet wird, sondern an die Fläche gebunden wird. D. h. wir teilen einfach die Menge des Grünlandes durch die von der EG zugestandene Milchmenge, und kommen dann auf 5 000 Liter pro Hektar, was wir erst mal für gerecht halten. Da kommen zwar die Großen immer noch besser weg, aber zumindest ermöglicht es den kleinen Betrieben weiterzumachen. Diese Forderung ist sicherlich nicht geeignet, die bäuerliche Landwirtschaft langfristig zu sichern. Aber diese Forderung hat breiten Zuspruch bei den Bauern gefunden.

In unserem Landkreis werden wir mit Demonstrationen weitermachen. Die Ausweitung des Kampfes wird sicherlich mit dem 1. 10. erfolgen. Dann werden die ersten Abzüge getätigt, und viele Bauern werden merken, daß sie ihre Milch umsonst, oder sogar mit Minus an die Molkereien geliefert haben. Sogar die Landwirtschaftskammer rechnet im Herbst mit Tumulten bei den Bauern. Wir jedenfalls werden dafür kämpfen, daß diese Tumelte einen richtigen politischen Charakter bekommen werden..."



Aus der Lokalpresse

Dunkle Wolken hingen am gestrigen Vormittag über der Demonstration der beiden Junglandwirte Gerd Coldewey und Jürgen Bruns, dunkle Wolken hängen seit der Quotenregelung der Europäischen Gemeinschaft auch über beiden Bauernhöfen in Seefelder Außendeich. So darf Gerd Coldewey nach den Brüsseler Beschlüssen nur noch die Milch von einer Kuh abliefern, obwohl er 14 im Stall stehen hat.

Bonner Wende bringt Massenruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft

In den letzten Wochen und Monaten konnten wir in der bürgerlichen Presse viel lesen über das angebliche Bemühen in der EG, die kostspielige Agrarpolitik zu verändern. Insbesondere die Überschüsse bei der Milch sollen durch eine Kontingentierung abgebaut werden. Auf den ersten Blick scheint dies eine vernünftige Maßnahme und wird darum auch die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise gefunden haben, hinter den Kulissen bedeuten die EG-Beschlüsse die Ruinierung von Hunderttausenden von Bauern in der EG. In der Bundesrepublik dürften es nahezu 200000 Bauern sein, die durch die jetzt beschlossene Form der Milchkontingentierung in den nächsten Jahren das Handtuch schmeißen müssen.

Laut den Beschlüssen, die die Agrarminister der EG Ende März gefaßt haben, soll die Milchproduktion auf den Stand des Jahres 1981 zurückgeschraubt werden. Jedes Mitgliedsland hat von daher Kontingente zugeteilt bekommen, die sie wiederum nach verschiedenen Verfahren auf die einzelnen Milcherzeuger in der Bundesrepublik dient zur Ermittlung der Milchquote für den einzelnen Bauern seine Milchanlieferung des Jahres 1983, die mit der Anlieferung von 1981 verglichen wird. Je nach Steigerung gibt es hier gestaffelte Abzüge von zwei bis zwölf Prozent der Anlieferung von 1983 und das ist die Quote, die der Bauer künftig an seine Molkerei liefern kann. Jeder Liter, der darüber hinaus geliefert wird, unterliegt einem Preisabzug von 52,3 Pfennig, so daß der Bauer dafür nur knapp zehn Pfennig bekommt.

Grob betrachtet sieht das dann so aus: Die kleineren und mittleren Bauern, die bisher vergleichsweise wenig Milch angeliefert haben, dürfen auch in Zukunft nur wenig Milch liefern. Ihr Einkommen wird damit jedes Jahr gesenkt, denn neben einer allgemeinen Milchpreissenkung von fünf Pfennig pro Liter steigen die Betriebsmittelkosten jedes Jahr weiter. Die Großbetriebe, die ursächlich die Überschußproduktion zu verantworten haben, dürfen auch weiterhin ungestört ihre Milchmengen liefern. Darüber hinaus sind mit der Quotenregelung Härtefallregelungen vorgesehen, die hauptseitig auch den Großen zugute kommen. Während die Großbetriebe allenfalls einige magere Jahre zu erwarten haben, werden die kleineren und mittleren Bauern auf kurze Sicht ruiniert.

Die Ruinierung der kleinen und mittleren Betriebe kommt bei dieser Milchquotenregelung direkt den Großbetrieben zugute. Denn bei Pachtung oder Kauf von Flächen, auf denen Milchviehwirtschaft betrieben wurde, wird anteilig die Milchquote miterworben. Allerdings gilt dies erst für geschlossene Flächen auf fünf Hektar! Das bedeutet, im wesentlichen sind nur die größeren Betriebe in der Lage, solch große Flächen zu übernehmen, zumal die Preise für Flächen mit Milchquoten spürbar ansteigen. Das Bestreben der Bonner Wenderegierung, den Großbetrieben auf Biegen und Brechen weitere Vorteile zu verschaffen, wird auch an vielen anderen Regelungen rund um die Milchquoten deutlich. Die Bonner Wende bringt daher in wenigen Jahren rund 200000 Milcherzeugern in der Bundesrepublik ein rasches Ende.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Jetzt aber sofort anmelden, oder:

Willst du das verpassen?

Sozialismus-Camp der KJD in Weißenbach/Attersee

Vom 21. 7. bis 11. 8. 84 werden von der KJD wieder die Zelte aufgeschlagen. Der Ort: Österreich, Weißenbach am Attersee, Europa-Camp der Sozialistischen Jugend Österreichs. Auch wenn die KJD jeden Sommer ein Lager durchführt, so ist es 1984 ein besonderes Lager — ein Sozialismus-Camp.



Sozialismus-diskussion

Eine Woche — ab dem 29. Juli — geht es auf dem Lager hoch her. In verschiedenen Arbeitsgruppen wird über unsere Zukunft diskutiert, über den Sozialismus:

AG: Staat/Demokratie

Um mit dem alten Marx zu beginnen: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Marx ist also der Meinung, daß es auch nach der Revolution noch einen Staat geben soll. Warum ist ein Staat, der „im besten Fall ein Übel ist" (Engels) noch notwendig? Was spricht gegen die Meinung der Anarchisten, die sagen: der Staat wird in der Revolution zerschlagen und danach wird es nie wieder einen Staat geben?

Diktatur des Proletariats, was heißt das? Über wen wird eine Diktatur ausgeübt? Wer übt diese Diktatur aus? Für wen gibt es Demokratie? In welchem Verhältnis stehen Diktatur und Demokratie?

Wie soll der Staat nach der Revolution aussehen, von dem Engels sagt, daß dies „kein Staat im eigentlichen Sinne" mehr ist? Was passiert mit dem Parlamentarismus? Was meint Marx, wenn er sagt, der Parlamentarismus wird durch eine „arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zugleich" ersetzt? Rätedemokratie, wie läuft das? Wer stellt die Kandidaten auf? Wie wird gewählt? Abwählbarkeit der Räte?

Was passiert mit dem Beamtenapparat? Wahl der Beamten durch das Volk? Bezahlung der Beamten nach Arbeiterlohn?

Was passiert mit den Gerichten? Wahl der Richter durch das Volk? Schöffengerichte?

Was passiert mit dem bewaffneten Teil des Staatsapparates? Abschaffung der Polizei? Beseitigung der Armee? Volksbewaffnung? Milizarmee? Wahl der Offiziere durch die Soldaten? Wie sieht der Staatsaufbau aus? Welche Rolle spielen die Kommunen, welche Rolle die zentrale Regierung? Kommunale Selbstverwaltung?

Welche Rolle spielt die Partei? Heißt Diktatur des Proletariats Diktatur der Partei? Ist die Partei unumschränkte Herrscherin oder: wie kann auch die Partei durch die Arbeiterklasse kontrolliert werden? Welche Rechte und Möglichkeiten hat die Arbeiterklasse, um sich gegen eine mögliche Verselbständigung auch des proletarischen Staates zu wehren?

„Der Staat stirbt ab", sagt Engels. Wie sieht dieser Prozeß des Absterbens im Sozialismus aus?

Puuuuuuuhhhhh, das sind Fragen, auf die wir eine Antwort finden wollen. Joachim

Steckbrief:

Name: Joachim aus Köln, Alter: 27 Jahre — fast schon „altes Eisen", Beruf: Drucker, z. Z. RR-Redakteur

AG: Wirtschaft/Ökonomie

Ökonomie — oh Gott, oh Graus, wie kompliziert, trocken, langweilig ... Ich will mir doch meinen Urlaub nicht versauen ...

Ehrlich gesagt, so hab ich auch gedacht, als ich gezwungener Maßen die Arbeitsgruppe übernahm, weil sich kein anderer dafür fand. Doch irgendwie hat es mich auch gereizt, denn ich wußte: „Die politische Herrschaft des Proletariats kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtung." Das hat Marx gesagt und er meinte damit: Die politische Herrschaft des Proletariats wird nicht überleben, wenn das Proletariat als herrschende Klasse nicht daran geht, die kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse radikal, von Grund auf umzuwälzen. Das leuchtet ein. Doch wie sehen diese neuen Produktionsverhältnisse aus? Eine spannende Frage. Oder nicht?

Das Ziel der sozialistischen Revolution ist die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Abschaffung der Klassen. Das heißt: es soll nicht mehr arm und reich, nicht mehr besitzende und besitzlose, nicht mehr Kapitalisten und Arbeiter, aber auch keine neue Schicht von leitenden Staatsbürokraten auf der einen Seite und produktiv Arbeitenden auf der anderen Seite geben. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der es eine allgemeine Gleichheit gibt und jeder nach seinen Fähigkeiten für die Gesellschaft arbeitet und nach seinen Bedürfnissen von ihr nimmt. Wie kommen wir dahin?

Engels sagt: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum." Warum ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel notwendig? Warum kann durch ein Selbstverwaltungsmodell, etwa wie in Jugoslawien, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigt werden?

Engels sagt — **„zunächst** in Staatseigentum" — das heißt, das ist der **erste** Schritt, denn sind die Produktionsmittel in den Händen des proletarischen Staates, sind sie zwar nicht mehr in den Händen der Kapitalisten, aber auch noch nicht direkt und unmittelbar in den Händen der Arbeiter. Verstaatlichung heißt also noch nicht Vergesellschaftung. Was muß passieren, damit die Arbeiter direkt über die Produktionsmittel verfügen? Welche Rolle spielen dabei die Gewerkschaften? Was meint Lenin damit, wenn er sagt, daß die Leitung der Betriebe, der gesamten Wirtschaft in die Hände der Gewerkschaften gelegt werden soll? Engels sagt: Mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wird auch die Warenproduktion beseitigt. Was ist eigentlich Warenproduktion? Warum muß sie beseitigt werden? Warum führt eine Ausweitung der Warenproduktion im Sozialismus unweigerlich wieder zurück zum Kapitalismus?

An die Stelle der kapitalistischen Produktionsanarchie soll eine demokratsich und bewußt geplante Wirtschaft treten, die sich nicht am Profit, sondern ausschließlich an den Bedürfnissen der Werktätigen orientiert. Wie kann eine demokratische Planwirtschaft aussehen? Wer stellt den Plan auf? Wie kann eine Mißwirtschaft wie in der DDR verhindert werden?

Wer bestimmt die Löhne? Wie sehen die Löhne aus? Was bekommt ein Betriebsleiter, was ein Arbeiter? Wer bestimmt über die Länge der Arbeitszeit? Was passiert mit dem Mehrprodukt, mit den Gewinnen der Betriebe? Wo fließen sie hin? Wer bestimmt darüber?

Was passiert mit dem Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit? Heute ist es so, daß die Kopfarbeit wesentlich besser bezahlt wird, als die Handarbeit. Heute herrscht die Kopfarbeit über die Handarbeit. Heute ist der Handarbeiter nur noch ein Teil der Maschine, seine geistigen Fähigkeiten verkrüppeln, während ein Detailgeschick seiner Handarbeit treibhausmäßig gezüchtet wird, um es besser ausbeuten zu können. Wie überwindet der Sozialismus die Entfremdung des Arbeiters von seiner Arbeit?

Was ist mit den neuen Techniken? Können wir sie für den Sozialismus gebrauchen oder werden sie vernichtet?

Was passiert mit dem Geld? Kann der Sozialismus das verfluchte Geld abschaffen?

So weit einige Fragen und Stichpunkte. Keine Angst, in dieser Arbeitsgruppe wird nicht nur hochtheoretisch gelabert, sondern ganz praktisch an den Erfahrungen, die ihr selbst im Betrieb schon gemacht habt, diskutiert.

Das war's

Jürgen

Steckbrief:

Name: Jürgen aus Dortmund, Alter: 29 Jahre — „altes Eisen", Beruf: Elektromechaniker, zur Zeit KJD-Sekretär

AG: Frau/Familie

Leider hatte ich noch nicht die Zeit, die Beschreibung meiner Arbeitsgruppe ausführlicher zu machen, so daß ich euch hier nur einige Stichpunkte aufschreibe. Ich hoffe, das reicht, damit ihr euch ein Bild machen könnt:

Kurzer Rückblick: Geschichte der Familie, Entstehung der Familie.

Welche Rolle spielt die Familie im Kapitalismus, welche Rolle spielt sie im Sozialismus?

Produktion und Reproduktion: Aufhebung der Hausarbeit, und: Männer wie Frauen verantwortlich für Hausarbeit, Frauenarbeit, Frauenunterdrückung fester Bestandteil des Kapitalismus, Sozialismus schafft die Voraussetzungen für die Beseitigung der Frauenunterdrükkung, die Probleme lösen sich aber nicht von selber. Was heißt wirkliche Gleichberechtigung? Sexismus, Doppelmoral, „neue Moral"? Trennung von Privat und Politik.

Steckbrief über die AG-Leiterin:

Name: Regina aus Hamburg, Alter: 21 Jahre — „noch jung", Beruf: Maschinenschlosserin

AG: Erziehung/Schule

Schule — lernen fürs Leben?! Leistung, Streß, Gehorsam usw. usw ... Nun dann, „lernen tun wir in der Schule fürs Leben", heißt es so schön und das Leben soll Spaß machen. Ist Schule denn so Klasse? Klassenschule allemal?!!

Tja, es ist schon spannend, die heutige Schule mal genauer unter die Lupe zu nehmen. Noch spannender ist es, zu überlegen, wie die Schule im Sozialismus aussieht? Welche Ziele soll die Erziehung haben und wie soll das konkret aussehen? Ist die Gesamtschule für den Sozialismus brauchbar? Kann es vielleicht auch so aussehen? ...

Stell dir einmal vor: Ein riesiges Gelände, auf dem eine Schule steht, gekoppelt mit Freizeiteinrichtungen, Wohn- und Schlafräumen und mit Werkstätten. Die Schüler/innen bestimmen den Lehrplan, d. h. was, wann, wie, wo gelernt wird. Vor allem für was! Gemeinsam wird gelebt, gelernt, gearbeitet und man hat Spaß miteinander. Die Lehrer/innen werden von den Schüler/innen bestimmt und sind verpflichtet, jederzeit ihre Arbeit kontrollierbar und veränderbar zu gestalten. Jeder kann alles überblikken bzw. wird befähigt, das zu lernen. Natürlich wird Theorie und Praxis eng verbunden. Es gibt einen Lohn für die Arbeit lernen. Lernmittel sind kostenlos und über die Ferien wird gemeinsam abgestimmt. Die Eltern können in den Ferien besucht werden. Leistungsdruck und Streß ist nicht mehr! Zensuren und Zeugnisse ...?! usw.

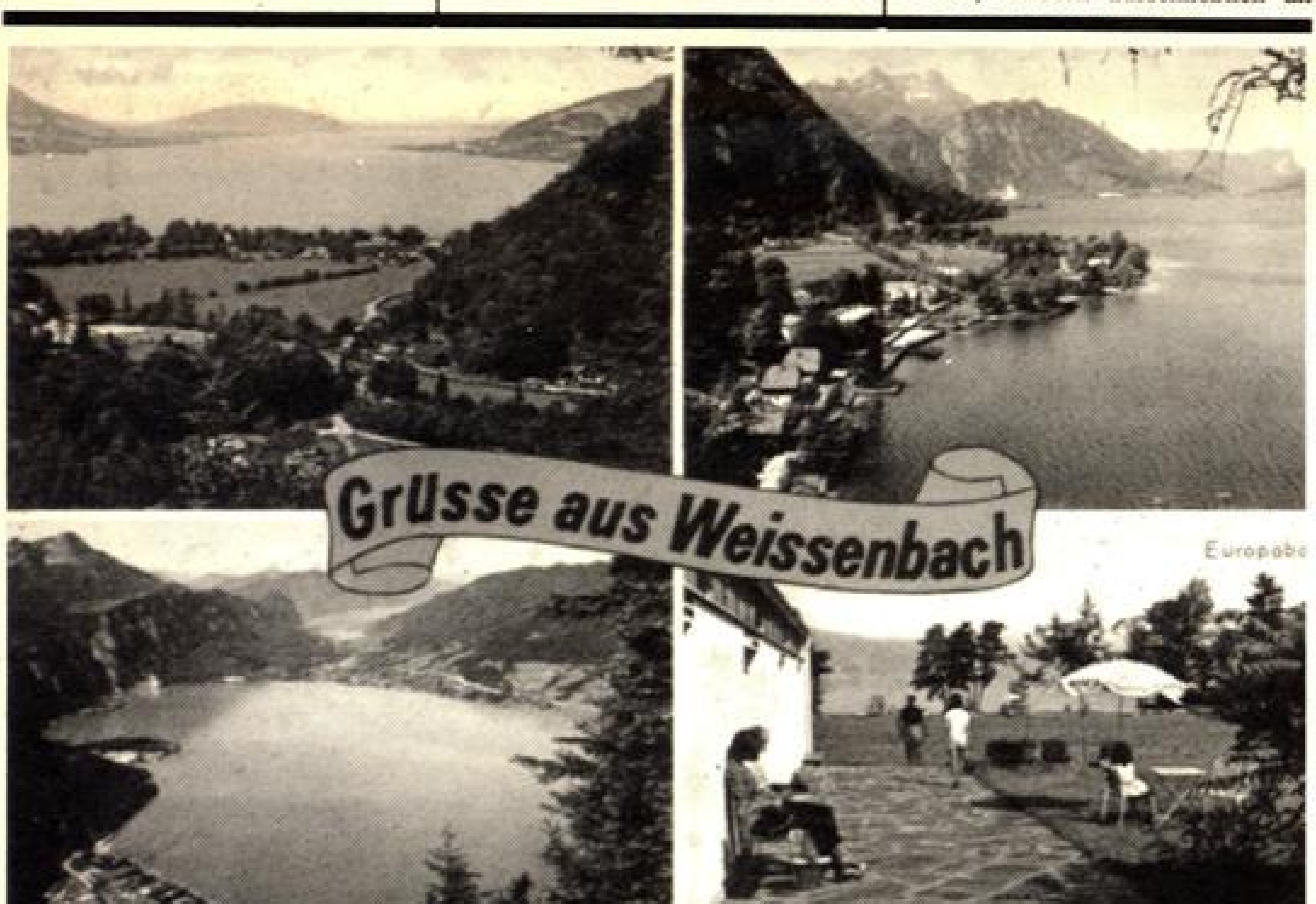
Ist sowas überhaupt möglich, fragt ihr euch? Sicher, so oder so ähnlich und viel, viel mehr behaupte ich. Entscheidend ist, für was man lernt. Wer hat ein Interesse daran, und wozu kann das Gelernte benutzt werden? Das ist u.a. der Knackpunkt der Sache und über das und viel mehr wollen wir in der Arbeitsgruppe reden, filmen?, malen, vorspielen, schreiben usw.

Bis dann also, Treffpunkt Attersee

Karola

Steckbrief:

Name: Karola aus Kiel, Alter: 29 Jahre — „altes Eisen", Beruf: z. Z. Buchhändlerin



Das weitere Programm

Auf den Spuren der ODESSA. ODESSA, das ist die Nachfolgeorganisation der SS, die in der Nähe von Weißenbach immer noch einen Stützpunkt unterhält. Wir wollen den Nazis ein wenig auf die Finger schauen ...

Kultur: Filmnacht, Musikgruppe, Lagerabend, Volkstanz, Theater spielen, Pantomime, Lager-Disco, Videofilme.

Sport: Frühsport, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Federball, Sportturniere, Bergwandern, Bergsteigen.

Arbeitsgruppen: Flugblatt, Layout, Foto-AG, Lagerzeitung, Plakat-AG, Videofilm-AG, Elektronik-AG.

Ausflüge nach: Wien, ehemaliges KZ Mauthausen, Zweitageswanderung auf den Hochkönig (Übernachtung auf der Hütte in 3000 Meter Höhe), Besuch einer Glasbläserei.

Sonstiges: Baden im Attersee, Geländespiele, Nachtwanderung, Lagerbücherei, Doppelkopf, Skat, Schach, Angeln, Segeln, Minigolf, und, und, und ...

Preis/Anreise

3 Wochen Ferien, Freizeit, Erholung. 3 Wochen nette Leute kennenlernen. 3 Wochen spannende Diskussion über den Sozialismus, kostet sage und schreibe nur 505 Mark, mit Busfahrt (für Leute, die weniger als 500 Mark im Monat verdienen), 605 Mark (für Leute, die mehr als 500 Mark im Monat verdienen.) Achtung: Wernicht mit dem Bus fährt, zahlt 30 Mark weniger. Und hier die Preise für die „Kürzurlauber": 1 Woche 210/245 Mark, 2 Wochen 360/430 Mark.

Für die Anreise hat die KJD einen Bus organisiert. Er fährt am 21.7. ab Dortmund über Düsseldorf, Köln, Mannheim, Stuttgart (Angaben ohne Gewähr)

Anmeldung:

Ich melde mich hiermit zur Teilnahme am KJD-Camp (21. 7. bis 11. 8. 1984) in Weißenbach/Österreich an. Ich habe 50 Mark Anzahlung auf das Konto der KJD überweisen. Den Restbetrag überweise ich bis zum 21. 7. 84.

Name: .... Vorname: ....

PLZ/Wohnort: .... Straße: ....

Telefon: .... Alter: ....

O Ich verdiene weniger als 500 Mark monatlich O Ich verdiene mehr als 500 Mark monatlich O Ich möchte mit dem Bus fahren.

Ort, Datum, Unterschrift: ....

Einsenden an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Bankverbindung: Postscheckamt Dortmund, Konto-Nr.: 13456–464 (BLZ) 440 100 46.

Waffengewalt gegen Streikposten



Schon mehrfach mußten wir in der Streikzeitung über Angriffe auf Streikende und Streikposten berichten. Da werden sie angefahren oder überfahren — bei einer Kundgebung ist auf IG-Metaller geschossen worden. Den neuesten Skandal enthüllte die „Welt der Arbeit" in der letzten Woche. Gegen die Streikposten, die die Auslieferungen im Verlagshaus Madsack & Co. in Hannover Blockierten zog ein Fahrer der Firma eine Pistole. Diese Handlanger des Unternehmerterrors gehören hinter Gitter!

Hoesch

11 100 DM gesammelt

Die Stahlarbeiter von Hoesch Dortmund haben Geld zur Unterstützung der kämpfenden Metaller gesammelt. Genau 11 100 DM übergab ein Betriebsrat aus Dortmund am vergangenen Dienstag ausgesperrten Metallern in Hanau.



Eine tolle Solidaritätsaktion — unser Bild zeigt die Stimmung bei der Übergabe in Hanau.

Hessen

Aussperrer ausgesperrt

Jugendliche Gewerkschafter sperrten am 19. Juni den gesamten hessischen Arbeitgeberverband aus. Mit Ketten verschlossen sie die Türen der Arbeitgeberverbands-Villa, bildeten eine Menschenkette auf dem Bürgersteig und hinderten die Bosse daran, ihre „Arbeit" aufzunehmen. Die Streik-Nachrichten der IG Metall in Hessen kommentierten die Aktion so:

„Wenn ihnen selbst geschieht, was sie täglich an uns verbrechen, dann drehen die Arbeitgeber durch. Mit wüsten Drohungen und Beschimpfungen reagierten die Aussperrungsterroristen vom Hessischen Arbeitgeberverband gestern morgen darauf, daß sie selbst ausgesperrt wurden. Rund 60 Gewerkschafter von ‚Jugendbündnis für die 35-Stunden-Woche' hatten die stinkvornehme Villa in der Lilientahlallee mit Ketten verschlossen und so die Arbeitgeber — symbolisch— ausgesperrt.

Vor allem die Metallarbeitgeber-Diener von Vieregge und Podzun flippten völlig aus und bedrohten die jungen Leute mit einer Strafanzeige bei der Polizei. Wie denn das? Wenn die Arbeitgeber die Verfassung brechen und uns aussperren, dann soll die Polizei stillhalten. Aber wenn die Herrschenden wegen einer symbolischen Aktion zwei Stunden zu spät an ihre Schmutzarbeit gehen, dann soll das strafbar sein."

Bericht aus Bremen

Daimler Benz will uns verhungern lassen

Das Bremer und Frankfurter Sozialgericht hatte in Sachen Kurzarbeitergeld geurteilt. In Bremen wurde für kalt ausgesperrte Metaller am 15. 6. mit einer einstweiligen Anordnung gegen die Bundesanstalt für Arbeit entschieden, daß das Arbeitsamt in Bremen verpflichtet ist, „unverzüglich die Berechnung und Auszahlung des beantragten Kurzarbeitergeldes zu besorgen und dem Betriebsrat hierüber einen vorläufigen Bescheid zu erteilen." Gemeint ist der Betriebsrat von Daimler Benz/Bremen, der die Anordnung beim Sozialgericht in Zusammenarbeit mit der IG Metall angestrengt hatte.

Die Umsetzung des Bremer Urteils bedarf einer näheren Betrachtung. Nach dem Urteilsspruch der ersten Instanz forderte das Bremer Arbeitsamt Daimler Benz in einem Schreiben auf: „... bitte ich Sie, den Erfordernissen des §72/73 Arbeitsförderungsgesetz insofern nachzukommen, indem Sie mir die entsprechenden Unterlagen (Abrechnungslisten) übersenden". Auf dieses Schreiben reagierte die Werksleitung gegenüber dem Betriebsrat mit einer „Prüfung der Sach- und Rechtslage" und verzögerte die Herausgabe der notwendigen Unterlagen. Erst nach Androhung einer Untätigkeitsklage durch den Betriebsrat konnte die Werksleitung dazu bewegt werden, ihre Bereitschaft zur Herausgabe zu erklären.

Ab hier wird es dann recht unverschämt. Am 21. 6. 84 erfährt der Betriebsrat, wieviel Zeit die Werksleitung zum Erstellen der Unterlagen benötigt. Zuerst muß ein Datenprogramm aus dem Jahre 78 aus der Zentrale in Stuttgart angefordert werden. Das Programm sollte zuerst am 25. 6. in Bremen eintreffen. Später wurde der 2. 7. als Termin genannt. Dann sollen die Daten erfaßt und aktualisiert werden und erst am 13. 7. (!!) soll die Fertigstellung abgeschlossen und das Programm an das Arbeitsamt übergeben werden. Daimler Benz braucht also vier Wochen, um Unterlagen beizubringen, um ein rechtskräftiges Urteil zu befolgen.

Wie lange dann das Arbeitsamt für die Auszahlung der Gelder braucht, wäre sicher noch interessant zu erfahren. Bezeichnend ist es, daß das Arbeitsamt nach dem Sozialgesetzbuch die Möglichkeit hätte, für Abschlagszahlungen an die Metaller zu sorgen. Das ist bisher unterlassen worden. In Bremen wird die Existenz Tausender Metaller durch eine Verschleppungstaktik von Daimler Benz und Arbeitsamt aufs Spiel gesetzt, obwohl ein Gericht bindend geurteilt hat.

Von Seiten der IG Metall wurden in der letzten Woche Mahnwachen vor dem Arbeitgeberverband und vor dem Daimler-Benz-Betrieb durchgeführt. Auch in dieser Woche finden ab Montag von 7.30 bis 12.00 Uhr wieder täglich Mahnwachen bei Daimler vor dem Tor 1 statt. Am Donnerstag, dem 28. Juni um 17.00 Uhr ist eine Konferenz für Vertrauensleute einberufen worden. Außerdem werden von der IGM unabhängig von Daimler Benz Listen mit entsprechenden Kurzarbeitergeldberechnungsdaten an das Arbeitsamt weitergeleitet.

Am letzten Freitag wurde auf der dritten Mitgliederversammlung der IGM für kalt Ausgesperrte eine Resolution verabschiedet, die Daimler Benz auffordert, sofort die benötigten Unterlagen rauszugeben.

Ein Daimler-Kollege

LETZTE MELDUNG
Das Bremer Arbeitsamt hat erklärt, es werde nun nach der Entscheidung des Bremer Landessozialgerichts Kurzarbeitergeld an kalt ausgesperrte Daimler-Kollegen zahlen — allerdings mit Vorbehalt.

Die FAZ geht in die Luft

VDO: Protest gegen Aussperrung

Am Wochenende gingen die Bilder über alle Fernsehkanäle: die kümmerliche Notausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) wird per Hubschrauber aus der Druckerei geflogen. Alle anderen Wege sind dicht: die Drucker streiken! Nachdem die gesamte vergangene Woche kein Blatt aus Frankfurt erscheinen konnte, wählte die Geschäftsleitung der vornehmen Zeitung diesen teuren Weg, um wenigstens eine vierseitige Notausgabe an ihre Leute zu kriegen. Man wird sich aber auch gegen Streiksabotage aus der Luft was einfallen lassen. Es muß ja nicht gleich eine Flak sein.

Als am 19. Juni die erweiterte Aussperrung in Hessen auf VDO in Frankfurt traf, besetzten in den Morgenstunden rund 200 Beschäftigte alle Tore des Werkes. Die kämpferische Aktion, an der sich besonders stark ausländische Kolleginnen und Kollegen beteiligten (eine wurde von einem aufgehetzten Angestellten zusammengeschlagen) wurde leider auf Betreiben der betrieblichen Streikleitung und des flugs herbeigeeilten 1. Bevollmächtigten der IGM, G. Otto, abgebrochen, was auf viel Unverständnis und Kritik stieß.

Besuch für die Tarifkommission

Am vergangenen Freitag bekam die in Ludwigsburg tagende große Tarifkommission Besuch von Kollegen von Bosch Reutlingen und Stuttgart. Mit Transparenten demonstrierten die Kollegen, die von Hans Jansen mit erhobener Faust begrüßt wurden für eine härtere Gangart im Tarifkampf. *„VK-Bosch-Reutlingen — Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — Keine faulen Kompromisse"* stand auf einem Transparent, auf einem anderen: *„35-Stunden-Woche durchsetzen — Streik ausweiten!"*.

Ludwigsburg

Kamele und Löwen

Am Montag, als in Ludwigsburg die Schlichtungskommission wieder zusammentrat, demonstrierten Kollegen mit tierischer Verstärkung: Löwen und Kamele hatten sie mitgebracht. Die Viecher trugen auch Transparente: *„Jedes Kamel weiß, 35-Stunden-Woche bringt Arbeitsplätze — nur Stihl nicht!"* Auf den Löwenkäfigen stand: *„Ihr reizt uns, bis die Ketten sprengen!"*

Chemie

4 Prozent mehr Lohn

Für den größten Tarifbezirk Nordrhein (ca. 180 000 Beschäftigte) hat die IG Chemie Papier Keramik ab 1. Juli bei einer Laufzeit von 12 Monaten eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4 Prozent vereinbart. Über Arbeitszeitverkürzung wurde nicht geredet, da die IG Chemie bereits im März letzten Jahres die Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis zum Januar 1987 unterschrieben und stattdessen für Kollegen über 58 14-tägig (ab 1987 wöchentlich) 4 zusätzliche Freistunden vereinbart hat.

ERSTUNTERZEICHNER der Entschließung Frankfurter und Offenbacher Drucker und Metaller (Stand: 20. 6. 84)

Streikleitung und Betriebsrat der Druckerei Kern und Birner Ffm (9 Namen), 13 Streikposten der Fa. Triumph-Adler Ffm, W. Breckheimer, BRV und R. Winter Stellv. BRV.; Fa. Drendruck, N-Isenburg, Betriebsrat Fa. Rockwell-Golde Ffm, gez. Göppner, BRV, Aktionsausschuß der Union Druckerei (67 Namen), R. Pohlit, BR, L. Schäfer, BR, A. Theis, BR, D. Schramm, E. Kubetz, J. Zilias, (Telefonbau und Normalzeit Ffm, D. Göbel, BR und VKL, P. Merz, VKL, E. Wittke, B. Herz, VKL, D. Pfendt, OJA-OF, (Kraftwerk Union Offenbach), Ausgesperrtenversammlung Fa. MAN-Roland Offenbach (12000 Personen, per Akklamation), Betriebl. Streikleitung, Hartmann & Braun, Praunheim, gez. K. Jung, BRV, bisher 126 Streikposten, Frankft. Societätsdruckerei, K. Proll, BR, I. Rouzbehani, BR, Ch. Breuer-Rodewald, VKL, F. Honywell-OF, J. Zimmermann, BR, VKL, U. Hruschka, VK, OJA-OF, B. Altenkirch, G. Stöcker, W. Hahn, Fa. Löbro, OF, L. Gilmer-Kaiser, Mitgl. der OV-OF, H. Kaufmann, BRV, Fa. Fredenhaben, OF, 16 Streikposten, Fa. Messer-Griesheim, Ffm, Gez. R. Winter, I. Clement, BR, OV-Mitglied, Fa. Rowenta, K. Skričik, BR, VKL, OV-Mitgl. (OF), H.R. Fröhlich, JV, R. Hauskotte, (Fa. AEG-Seligenstadt), H. Reisert, BR, G. Reisert, JV, Fa. E. K. Grimm OF, W. Messerschmidt, BR, Fa. Teves; Ffm, R. Albert, KJA, Fa. Ymos OF, A. Hüpenbecker, VKL, Fa. Extrusion OF, B. Jäger, Fa. Siemens OF, M. Kendiza und M. Vogel, Mitgl. OJA OF, R. Hüpenbecker-Nüber, BRV, Fa. Extrusion, 34 Streikposten, Fa. VDO-Ffm, gez. M. Maibach-Buren.

Aktionstag in ganz Westeuropa für die 35-Stunden-Woche
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
mit den Druckern und Metallern



Wie schon bei der großen Bonner Demonstration am 28. Mai — unser Bild zeigt Kollegen aus den Niederlanden — sind auch heute bei den DGB-Solidaritätsaktionen Kollegen in ganz Europa aktiv solidarisch. Und wie! Der Dienstag, der 26. 6., ist vom Europäischen Gewerkschaftsbund zum Aktionstag für die Solidarität mit den westdeutschen Druckern und Metaller erklärt worden. In BELGIEN haben der sozialistische Gewerkschaftsverband FGTB und die christliche Gewerkschaftszentrale CSC **alle** Arbeiter, Angestellten und Beamten in **allen** Wirtschaftsbereichen aufgerufen, die Arbeit für 15 Minuten aus Solidarität mit den kämpfenden Druckern und Metallern in der Bundesrepublik niederzulegen. So etwas nennt man kurz: **einen Generalstreik!** Auch in ITALIEN und FRANKREICH sollen Solidaritätsstreiks stattfinden. In SKANDINAVIEN wollen die Metaller heute breite Öffentlichkeitsarbeit machen, Flugblätter verteilen, Geld für die Ausgesperrten sammeln.

Aus fast allen westeuropäischen Ländern liegen dem DGB Gruß- und Solidaritätstelegramme vor, wird der Kampffront hier bei uns Mut gemacht, wird daraufhingewiesen, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik bedeutend ist für den Fortschritt aller Arbeiter und Angestelten in Westeuropa, und daß dieser Kampf auch von entscheidender Bedeutung für die Bekämpfung der internationalen Massenarbeislosigkeit ist.

Diese bisher einmalige Aktion, daß sich nämlich der Europäische Gewerkschaftsbund so massiv mit einem nationalen Arbeitskampf solidarisiert, ist nicht nur eine Hilfe für den Arbeitskampf bei uns, sondern auch eine Verpflichtung. Die Kollegen, die in Belgien heute streiken, die Aktionen von Skandinavien bis Sizilien für uns durchführen, schauen natürlich auf die westdeutschen Arbeiter und den DGB. Um bei Druck und Metall den entscheidenden Durchbruch für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn zu erreichen, kann es nicht bei Kundgebungen nach Feierabend bleiben. Es wäre beschämend, wenn die ausländischen Gewerkschaften sich massiver, entschiedener solidarisieren als es bisher der DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften getan hat.

ENTSCHLIESSUNG

Frankfurter und Offenbacher Drucker und Metaller

das kann doch nicht umsonst gewesen sein

was wir bisher alles gemacht und durchgestanden haben!..

Die Unternehmer gehen zum Totalangriff über:
- Sie wollen den tariflosen Zustand im Metallbereich
- Sie wollen Öffnungsklauseln in den Druck-Tarifverträgen

Sie sind dran, die Voraussetzungen dafür durchzupauken, daß sie in Zukunft auch ohne die Gewerkschaften auskommen wollen.
Das macht noch klarer als bisher, wo die Unternehmer hinwollen:
Die Gewerkschaften kleinkloppen, so daß wir nicht mehr als Gegenmacht in der Gesellschaft und in den Betrieben vorhanden sind.
Von denen, die jetzt so brutal aussperren, von denen wissen wir, wie sie uns behandeln werden, wenn wir wieder in die Betriebe rein dürfen.
Und das betrifft alle Beschäftigten in allen Bereichen, wenn die Streiks der Metaller und Drucker mit einer Niederlage enden sollten!
Dieser Kampf darf deshalb keine Niederlage werden!
Das gilt für alle Gewerkschaften.
Deshalb bleibt uns keine andere Wahl, als unseren Kampf zu verstärken:
* Wir lassen uns nicht länger diktieren, wer arbeiten darf und wer nicht. wo teilausgesperrt wird, ob kalt oder heiß, ist die Antwort Vollstreik
* Einbeziehung der Angestellten in den Arbeitskampf, auch damit die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen stilliegen
* Der Streik ist umso kürzer, je mehr er der anderen Seite weh tut
* Betriebsbesetzungen
* Konsequente Behinderung der Streikbrecher
* Ausweitung der Urabstimmungen
* Solidaritätsstreiks innerhalb des DGB

Herrschendes Unrecht kann nur durch von uns gesetzte Tatsachen gebrochen werden!
So antworten wir als Gewerkschaftsmitglieder auf die jetzige Situation!

Ich unterstütze die Entschließung Frankfurter und Offenbacher Metaller und Drucker durch meine Unterschrift und fordere die zuständigen gewerkschaftlichen Gremien auf, einer Ausweitung der Streiks zuzustimmen, um eine Niederlage zu vermeiden. Die Art und Weise der Ausweitung ist nach den betrieblichen Gegebenheiten zu gestalten.

Name	Funtkion	Firma	Unterschrift

Wolfsburg

15 000 Kollegen in Aktion!

Wolfsburg erlebte heute die größte gewerkschaftliche Aktion, die diese Stadt in ihrer nicht gerade rühmlichen Geschichte je gesehen hat. Zum ersten Mal überhaupt gingen die VW-Kollegen durch die Wachen, um den Kampf in die Stadt zu tragen.

Zwischen 9.00 und 9.15 Uhr verließen die Kollegen ihre Abteilungen und versammelten sich an den Bereichstreffpunkten. Zuerst war die bange Frage: werden viele Kollegen überhaupt mitkommen, da Tage zuvor in Presse und in den Abteilungen Angst- und Miesmacherei betrieben worden war.

Aber als die Züge durch das Werk marschierten, wurden es immer mehr — eine riesige Menschenschlange, die überhaupt nicht aufhören wollte!

Tausende Kollegen, darunter auch viele Angestellte, zogen dann zu den drei Wachen. Und was erwartete sie vor den Toren? Würden die ausgesperrten Kollegen auch kommen? Und vor den Toren standen wieder Hunderte von Arbeitskollegen, ausländische Kollegen und Ehefrauen mit Kindern und empfingen sie mit großer Begeisterung.

Mit Transparenten, Stockschildern („Wer aussperrt, gehört eingesperrt", „Streik ist Notwehr, Aussperrung ist Terror", usw.) und selbstentworfenen Schildern marschierten die drei Züge los. Es wurde ein Sternmarsch durch die Innenstadt. Die Stimmung war sehr gut, überall wurden Parolen gerufen oder Gewerkschaftslieder gesungen.

In einem der drei Züge machte die DGB-Frauengruppe Putz. Mit einer lebensgroßen Putzlappen-Puppe wurden die drei Ks der Kohl-Regierung angegriffen. Aber auch vom VW-Vorstand wurden Frauenarbeitsplätze gefordert. Sie trugen ein großes Transparent mit: "Der Hahn sperrt aus, die Töpfe bleiben leer, die 35-Std.-Woche muß her!" Dazu wurde mit Topfdeckeln geschlagen.

Auf dem Rathausplatz wurden dann die Kollegen durch die Sängerin Fasia Jansen begrüßt. Gemeinsam wurden das 35-Std.-Woche-Lied und andere Gewerkschaftslieder auf dem Platz gesungen. Als Redner traten Walter Kaufmann (OV IGM Wolfsburg), Siegfried Ehlers (Betriebsratsvorsitzender VW Wolfsburg) und Horst Klaus (IGM-Vorstand) auf. Sie begrüßten zuerst die streikenden Druckerkollegen der Allerzeitung, die ausgesperrten Teves-Kollegen, aber auch HBV-Kollegen von Hertie, ÖTVler und Postler, die ihren Arbeitsplatz für die Gewerkschaftskundgebung verlassen hatten, bei großem Beifall.

Ehlers forderte vom VW-Vorstand, aus Gesamtmetall auszuscheren und mit einem Tarifvertrag über kürzere Wochenarbeitszeit ein Signal zu setzen (— was der VW-Vorstand natürlich ablehnte!). Ehlers griff auch die Blümsche Vorruhestandsregelung an — da schallten ihm minutenlange Sprechchöre „Blüm raus, Blüm raus!" entgegen.

Horst Klaus kritisierte auch die Haltung der Bundesregierung, sie hätten in Sachen Kurzarbeitergeld politisch motivierten Rechtsbruch begangen. Die IGM werde weiterhin kämpfen, daß die kalt ausgesperrten Kollegen ihr Recht und ihr Geld bekommen. „Die Aussperrung ist das Mittel zur Disziplinierung der Arbeitnehmer und zur Schwächung der Gewerkschaften — ob heiß oder kalt." Jede Aussperrung sei ein gesellschaftspolitischer Willkürakt und müsse geächtet und verboten werden. Mittags wurde die kämpferische Kundgebung mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" geschlossen.

Hamburg

Wer aussperrt, wird besetzt ...

Montag, 18.6. Der seriös aussehende Herr und seine Begleiterin fielen nicht auf, als sie gegen 16.00 Uhr den Mercedes-Ausstellungsraum am Steindamm in Hamburg betraten und sich die neuesten Modelle anschauten. Erst als sich der Ausstellungsraum weiter füllte und die riesigen Scheiben mit einem Transparent und Plakaten gegen den Aussperrungsterror und für die Solidarität mit den ausgesperrten Daimler-Kollegen und den Kampf für die 35-Stunden-Woche verschönert wurden, unterbrach der einzige anwesende Mercedes-Vertreter sein Verkaufsgespräch.

„Was wollen Sie? Bitte gehen Sie!" Der Zusammenhang zwischen der Ausweitung der „kalten" Aussperung im Hamburger Daimler-Benz-Werk, wo seit diesem Vormittag **alle** Kollegen, bis auf die wenigen für Notdienstarbeiten eingeteilten Kollegen ausgesperrt worden waren, und unserer Protestbesetzung dieses Ausstellungsraums war für ihn nicht faßbar, verständlich.

Während wir in Ruhe die neuesten Mercedes-Modelle begutachteten und unser Flugblatt, das gleichzeitig draußen an die Passanten verteilt wurde, in die Hochglanzprospekte einlegten, hatte sich Herr Otto in sein Büro zurückgezogen, um sich telephonisch Instruktionen über sein weiteres Vorgehen einzuholen. Zwischendurch immer wieder seine Aufforderung an die ca. 25 Besetzer/innen zu gehen. Über eine halbe Stunde lang passierte nichts. Durch die Hintertür kamen plötzlich 10 der in den angrenzenden Werkstatt beschäftigten Kfz-Mechaniker, trotz Akkord „freigestellt", um uns klarzumachen, daß sie als IGM-Mitglieder gegen unsere Aktion und auch gegen die 35-Stunden-Woche seien. Bis auf zwei oder drei Kollegen nahm keiner ein Flugblatt und als der Meister merkte, daß einige doch anfingen, mit uns zu diskutieren, kam der Befehl „alle wieder zurück in die Werkstatt". Es war beklemmend und gespenstisch zugleich, brachte aber nicht die offensichtlich erhoffte Wirkung. Wir blieben.

Erst nach über einer Stunde Besetzungszeit kam die Polizei, ohne klaren Einsatzbefehl, mehr um die Lage zu erkunden. Ihr „Lagebericht" über Sprechfunkgerät, „die wollen die Halle 35 Stunden lang besetzen", trug vorerst wenig zur Klärung bei!! Kurz vor 18.00 Uhr, seit dem Beginn unserer Besetzungsaktion waren über 1 1/2 Stunden vergangen, kam der Einsatzleiter der Polizei, der nach kurzer Rücksprache mit den sich in der Zwischenzeit auf drei erhöhten Zahl der „Verantwortlichen des Ausstellungsraumes" die sofortige Räumung forderte. Mit verschiedenen Argumentations„linien" versuchten wir, Zeit zu gewinnen: inhaltlich auf den Vorwurf des Hausfriedensbruchs eingehend, ironisch auf die nicht geführten Kauf-Beratungsgespräche anspielend. Auf die 3. Räumungsaufforderung folgte, wie sollte es anders sein, der Befehl an die rumstehenden Polizisten, unsere Personalien festzuhalten, für uns das verabredete Signal, die Besetzung abzubrechen. Und beinahe hätten wir es geschafft, daß nur ein Name im Polizeiprotokoll aufgetaucht wäre, der, des von uns wahrheitsgemäß genannten „Verantwortlichen" für unsere Aktion: Volker Heinz, Leiter des Harburger Daimler-Werkes, der die Aussperrung der über 2000 Kollegen verfügt hatte.

Doch zwei pflichtbewußt und unverzüglich dem Befehl nach Personalienfeststellung nachkommende Polizisten schafften es mit Gewalt, einen Kollegen vorläufig festzunehmen und mit Blaulicht und Sirene wegzubringen. Unsere Aktion endete folglich mit einer Demonstration zur Polizeiwache, wo wir, dieses Mal als „Ausgesperrte", angesichts der von innen gesicherten Türen der Wache, die Freilassung des Kollegen forderten, die auch nach kurzer Zeit erfolgte.

Trotz der Festnahme war es eine gelungene Aktion, mit der wir unsere Solidarität mit den Ausgesperrten und unseren Protest gegen den Aussperrungsterror zum Ausdruck brachten.

4. RGO-Kongreß erfolgreich durchgeführt!

Am letzten Wochenende fand der 4. RGO-Kongreß statt! Kolleginnen und Kollegen aus vielen Großbetrieben und einer ganzen Zahl mittlerer und kleinerer Betriebe diskutierten und berieten über die wichtigsten Fragen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hierzulande.

Im Mittelpunkt des Samstags standen zwei gerade nach der Bonner Wende entscheidende politische Auseinandersetzungen in der Arena des Klassenkampfs. Zum einen die soweit zur Zeit schon mögliche Auswertung der Betriebsratswahlen 1984, zum anderen die Beratung des aktuellen Standes der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Auf der Basis eines ersten Überblicks über die diesjährigen Betriebsratswahlen wurden wichtige Einschätzungen diskutiert. Im Bereich der IGM ist festzustellen, daß die 1981 vom CMV erzielten Zuwächse nicht von dieser reaktionären, gelben „Gewerkschaft" — am Gängelband der CDU-Rechten — gehalten werden konnten, sondern überall starke Verluste dieser Gruppierung festzustellen waren.

Die IGM-Listen selbst konnten in den meisten Fällen zulegen. Wobei sich in vielen Beispielen ein wachsender Einfluß eher linker, z. T. klassenkämpferischer Kräfte auf den IGM-Listen bzw. insbesondere bei Persönlichkeitswahl ein Vorrücken solcher Kräfte zeigte. Die oppositionellen Listen sowohl der RGO wie anderer haben im Bereich der IGM in Einzelfällen größere Verluste hinnehmen müssen, sich im Schnitt aber stabilisiert.

Ein Element, das zu diesen Ergebnissen beigetragen hat, scheint zu sein, daß sich unter dem Eindruck der Krise und der anlaufenden Tarifrunde mit der gegen die Krise bzw. ihre Auswirkungen gerichteten Forderung nach der 35-Stunden-Woche ein engeres Zusammenrücken um die IGM festzustellen ist.

Daneben wurde als neues Element ein teilweise massives Eingreifen der verschiedenen Kapitalisten durch „eigene" Listen, Unterstützung bestimmter Listen, sowie massive Drohungen gegen ihnen nicht passende Listen und Einzelkandidaten bei den Betriebsratswahlen berichtet.

Soweit einige Gesichtspunkte zu diesem Themenkomplex.

In der Diskussion zum Stand der 35-Stunden-Woche wurde schwerpunktmäßig nach einer Einschätzung über die Bedeutung dieses Kampfes und seine Entwicklung beraten, was die Aufgaben der klassenkämpferischen Opposition dazu sind. Als ein Ergebnis wurde der nebenstehende Aufruf verabschiedet.

Wie schon an dem Punkt „Auswertung der Betriebsratswahlen 1984" beteiligten sich an dieser Debatte auch die Vertreter der Gruppe Arbeiterpolitik und der GIM, die als Gäste an diesem 4. Kongreß der RGO teilnahmen.

Der Sonntag stand dann mehr im Zeichen der innerorganisatorischen Fragen der RGO.

Neben der Diskussion des Tätigkeitsberichts des alten Koordinationsausschusses der RGO, den daraus zu ziehenden Folgerungen, deren Hauptpunkt eine Verstärkung der bundesweiten Möglichkeiten und Tätigkeiten der RGO sein soll, und der Neuwahl des Koordinationsausschusses wurde die Frage einer Änderung des Namens der RGO diskutiert. Nach kontroverser Diskussion erreichte ein vorliegender Antrag, die RGO in „Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter" umzubenennen denkbar knapp keine Mehrheit. So bleibt es also beim Namen RGO.

Diese wenigen Eindrücke vom RGO-Kongreß können sicher vertieft werden durch das Lesen der nächsten „RGO-Nachrichten", der Zeitung der RGO, die sicherlich Genaueres über die Debatten, insbesondere zur Auswertung der Betriebsratswahlen und der 35-Stunden-Woche, berichten wird.

Neuwahl des Betriebsrats bei Mannesmann/Duisburg

Konsequente Gewerkschafter kandidieren

Wie im „Roten Morgen" berichtet, hatte die Wahlanfechtung der Gruppe „konsequente Gewerkschafter" bei Mannesmann Erfolg. Der ausschließlich von der sogenannten Stommel-Gruppe gestellte Betriebsrat trat zurück. Am 24./25. Juni werden bei Mannesmann die Neuwahlen zum Betriebsrat stattfinden.

Inzwischen ist klar, daß im Arbeiterbereich und im Angestelltenbereich Listenwahl stattfinden wird. Im Angestelltenbereich wurden drei Listen eingereicht: die offizielle Liste der IG Metall (Stommel-Gruppe), eine Liste der leitenden Angestellten und die Liste der Konsequenten Gewerkschafter mit sieben Kandidaten. Im Arbeiterbereich stehen zwei Listen zur Wahl: die offizielle, von der Stommel-Gruppe gestellte Liste der IG Metall und die Liste der Konsequenten Gewerkschafter mit 12 Kandidaten.

Die Stommel-Gruppe versucht nicht ohne Erfolg, dadurch Stimmung gegen die Konsequenten Gewerkschafter in der Belegschaft zu machen, daß sie ihnen die Schuld für das Nichtzustandekommen der Persönlichkeitswahl in die Schuhe schiebt. In Wirklichkeit haben sich die Konsequenten Gewerkschafter sehr wohl dafür eingesetzt, daß Bedingungen für eine „saubere" Persönlichkeitswahl geschaffen werden. Die Stommel-Gruppe hat aber alle Vorschläge abgelehnt, die seitens der Konsequenten Gewerkschafter gemacht wurden, um die Möglichkeit von Wahlmanipulationen, wie sie offenkundig bei der vom Gericht für ungültig erklärten letzten Wahl vorgekommen sind, einzuschränken, abgelehnt. So wurde etwa die Beteiligung der Konsequenten Gewerkschafter am Wahlvorstand abgelehnt. Unter diesen Bedingungen blieb für die Konsequenten Gewerkschafter nur der Wag, eigene Listen aufzustellen.

Inzwischen sind die Konsequenten Gewerkschafter vom Ausschluß aus der IG Metall bedroht. Bleibt zu hoffen, daß bei der Wahl am 24./25. möglichst viele Kolleginnen und Kollegen durch ihre Stimmabgabe für die Konsequenten Gewerkschafter diesen undemokratischen Machenschaften eine Abfuhr erteilen.

Gestra/Bremen

Kirsten Tillmann gewinnt Kündigungsschutzprozeß

Am 15. Februar war Kirsten Tillmann, VK-Leiterin bei der Gestra, einem Bremer Metallbetrieb mit ca. 700 Beschäftigten, von der Geschäftsleitung entlassen worden. Der „Rote Morgen" berichtete darüber in seiner Ausgabe vom 24.2.84. Am 6. Juni gewann Kirsten Tillmann vor dem Arbeitsgericht Bremen ihren Kündigungsschutzprozeß.

Offiziell hatte die Geschäftsleitung für Kirstens Entlassung betriebsbedingte Gründe angegeben. Tatsächlich aber ging es der Geschäftsleitung wohl darum, sich eine aktive und konsequente Gewerkschafterin vom Halse zu schaffen. Hier lag offenkundig auch eine Interessenübereinstimmung mit der damaligen Betriebsratsmehrheit vor, die durch die Aktivitäten von Kirsten und anderen fortschrittlichen Gewerkschaftern wohl ihre Positionen gefährdet sah und beschloß, keinen Widerspruch gegen die Kündigung einzulegen. Kirsten sollte vor der Betriebsratswahl ausgeschaltet werden.

Dieser Schlag aber ging ins Wasser. Zwar versuchte die Geschäftsleitung Kirstens Kandidatur bei den Betriebsratswahlen zu verhindern, aber Kirsten setzte ihre Kandidatur vor dem Bremer Arbeitsgericht durch — und wurde in den neuen Betriebsrat gewählt. Genauso setzte Kirsten arbeitsgerichtlich gegen ein von der Geschäftsleitung verfügtes Hausverbot ihr Recht auf Teilnahme an den Sitzungen des Vertrauensleutekörpers durch.

Die breite Solidarität, die Bremer Gewerkschafter gegen die Entlassung von Kirsten Tillmann organisierten, führte jetzt vor dem Arbeitsgericht zum Erfolg: die Arbeitsrichter stellten fest, daß die Firma bislang nicht nachgewiesen habe, daß Kirstens Arbeitsplatz wegrationalisiert werden mußte, daß das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung deshalb nicht aufgelöst wurde, daß die Gestra Kirsten unter den bisherigen Bedingungen weiterbeschäftigen muß. Kirsten, die bei der letzten Bremer Bürgerschaftswahl für die Betrieblich-Alternative-Liste kandidiert hatte, hatte bei der Verhandlung klargestellt, daß sie keinesfalls bereit sei, eine Abfindung anzunehmen, sondern auf der Weiterbeschäftigung durch die Gestra besteht.

Aufruf des 4. RGO-Kongresses

Kampf ausweiten tut not!

Auch wer zu Beginn des Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich glaubte, die Beschränkung auf zwei Tarifbezirke im Süden sei streiktaktisch gut und ausreichend für einen Erfolg unseres Kampfes, muß sich den Tatsachen stellen:

Die Unternehmer haben sich nicht einen Millimeter von ihrem Festhalten an der 40-Stunden-Woche entfernt!

Unser Kampfziel ist nur durch einen Durchsetzungsstreik zu erreichen, der insbesondere alle großen, kampfstarken Betriebe, alle Regionen und Bereiche der IGM, alle wichtigen Branchen von der Stahlerzeugung bis zu den verschiedenen Metallverarbeitungsbereichen umfassen muß.

Nur Massenstreik bricht Unternehmerdiktat!

Das entscheidende Argument, das für die bisherige Streiktaktik ins Feld geführt wird, sind die Finanzen — eine andere Kampfführung sei nicht zu finanzieren.

Wir sagen: Wie in der Vergangenheit sind auch heute die Streikkassen der Unternehmer besser gefüllt, als die der einen oder anderen Gewerkschaft. Kein Wunder: haben die Unternehmer doch schließlich die ökonomische Macht als Besitzer der Fabriken und anderen Produktionsmittel in diesem Land.

Wir sehen aber:

- Unser gerechter Kampf hat schon bisher breite moralische und praktische Unterstützung gefunden. Dies würde auch für die Organisierung einer finanziellen Unterstützung so sein!
- Die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat viele Beispiele von opferreichen aber erfolgreichen Kämpfen, wenn es um ein überzeugendes Ziel ging. Dies ist auch für diese Klassenauseinandersetzung mit den Unternehmern möglich und nötig!
- Die Frage der Finanzen und ihres Umfangs, welche Folgerungen wir daraus ziehen, muß im Verlaufe des Kampfes von allen Mitgliedern demokratisch beraten und entschieden werden!

Deshalb rufen wir auf:

Organisiert mit und beteiligt euch an allen praktischen Aktivitäten zur Stärkung und Unterstützung des Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Verstärkt die Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen über die notwendige Ausweitung des Streiks zum tatsächlichen Durchsetzungsstreik!

Unterstützt den schon von vielen Belegschaften und Gewerkschaftern unterschriebenen Aufruf Frankfurter und Offenbacher Metaller und Drucker in der ganzen BRD!

Mehrere Angehörige politischer Gefangener in der Bundesrepublik haben sich zu einer Verwandtengruppe zusammengeschlossen, um auf die weitgehend unbekannte und von den bürgerlichen Medien verschwiegene Situation von ihren verwandten Gefangenen aufmerksam zu machen. Sie betreuen die Gefangenen und treten gegen die Haftbedingungen wie Isolationshaft, Besuchsverbote u.ä. ein. Karlsruher Genossen hatten die Möglichkeit, einige Fragen an die Angehörigengruppe zu stellen.

Interview mit Angehörigen politischer Gefangener aus der BRD

„In Sorge um das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Kinder"

Die Mütter von Christian Klar, Brigitte Monhaupt, Adelheid Schulz, Ingrid Barabaß und der Vater von Lutz Taufer berichten

Ihr seid Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und seid gekommen, um uns über die Situation der Gefangenen und über eure Arbeit zu berichten. Könnt ihr euch zuerst mal vorstellen?

Ich bin Walter Taufer. Mein Sohn, Lutz Taufer, sitzt in Celle lebenslänglich. Allgemein bemerken möchte ich, daß mich der Wunsch in die Mitte der Angehörigen geführt hat, die Gewißheit, den Gefangenen zu vermitteln, daß sie nicht allein sind, sondern daß wir sie in ihrer zum Teil lebenslänglichen Haft niemals vergessen werden, sondern sie immer wieder bestärken wollen, durchzuhalten, um vielleicht doch auf eine bessere Entwicklung hoffen zu können.

Ich bin die Mutter von Christian Klar und bin seit Jahren bei der Verwandtengruppe. Ich schließe mich sehr gerne den Ausführungen von Walter an. Nur die Auffassung von „lebenslänglich" teile ich nicht so ohne weiteres, das Tausendjährige Reich hat auch nur zwölf Jahre gedauert. Was für mich persönlich wichtig ist, hier bei der Verwandtengruppe bin ich mit Menschen zusammen, die keine Sorgen und Schwierigkeiten scheuen, um ihren Verwandten beizustehen. Viel Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft trifft man hier, während es in der Welt so viel Leere und Egoismus gibt. Hier endlich findet man Verständnis, wenn man auf sein natürliches Recht pocht, sein Kind zu lieben.

Ich bin die Mutter von Brigitte Mohnhaupt. Als meine Tochter Brigitte 1972 das erste Mal verhaftet wurde, wußte ich noch nichts von der Angehörigengruppe. Es gab sie zu dieser Zeit vielleicht noch gar nicht. Ich lernte dann bei meinen Besuchen in Berlin einige andere Mütter kennen, und erfuhr von Hilde Pohl, daß sich Angehörige von politischen Gefangenen ab und zu in Frankfurt treffen. Ich habe gerne die Einladung, auch hinzukommen, angenommen. Eine größere Gruppe von Angehörigen war, soweit ich mich erinnere, das erste Mal bei einer Pressekonferenz in Düsseldorf 1973 oder 1974 beisammen. Bei dieser Pressekonferenz wurde auf die harten Haftbedingungen aufmerksam gemacht und anschließend ein entsprechendes Schreiben an den damaligen Justizminister Posser überreicht. Nachdem sich auch daraufhin nichts veränderte bzw. verbesserte, kam es zu dem großen Hungerstreik. In dieser Zeit sind wir Angehörigen in unserer gemeinsamen Sorge um unsere Kinder oder Geschwister und bei den gemeinsamen Überlegungen, wie man ihnen helfen könnte, spürbar näher zusammengerückt. Es entstanden damals Freundschaften, die nun schon über viele Jahre hin halten und uns gegenseitig Kraft geben.

Also, ich bin die Mutter von Adelheid Schulz. Ich komme zur Verwandtengruppe seit ungefähr 1978, nachdem meine Tochter gesucht wurde. Ich hatte damals mehrere Hausdurchsuchungen und wurde auch einmal festgenommen, im Geschäft. Da ging's um eine Wohnung in Karlsruhe, die angeblich konspirativ war. Allerdings hat meine Tochter den Mietvertrag unter ihrem Namen abgeschlossen, sie stand im Telefonbuch, die ganzen Rechnungen, alles ging über ihren Namen. Damals hat man mich, ich war sprachlos, daß sie mich da einfach im Geschäft abholten, über der Nacht dabehalten, um mich auszufragen, mich auszuhorchen. Ich hatte damals in Karlsruhe außer den Geschäftskollegen keinen Kontakt, weil ich berufstätig war. Da bin ich von Angehörigen angesprochen worden, daß eine Verwandtengruppe da ist und ob ich nicht kommen wollte. Da bin ich natürlich hingegangen, ich war sehr froh, daß ich mit Leuten, die das selber alles schon miterlebt hatten und mir da auch helfen konnten, über alles sprechen konnte. Z.B.: Am 17.10.1978 sind zwei Kriminalbeamte zu mir gekommen, die haben mir gesagt: Wir haben ihre Tochter wahrscheinlich noch vor Weihnachten aber tot. Ich habe damals geglaubt, sie wollten mir nur Angst machen, daß sie denken, jetzt nimmt sie Kontakt auf mit ihrer Tochter, um sie vor dem Tod zu bewahren. Ich hätte ja gar nicht gewußt, wo ich mich hinwenden soll, und ich dachte auch, daß sie sowas doch auch nicht machen würden, daß sie sie einfach erschießen, das konnte ich nicht glauben. Ich hab gedacht, daß sie mir einfach Angst machen wollten, und als sie dann Willi-Peter Stoll und die Elisabeth von Dyck erschossen haben, habe ich gewußt, daß es ernst ist. Sie waren zur gleichen Zeit bei den Eltern von Monika Helbing, um ihnen ebenfalls zu sagen, daß sie jetzt den gezielten Todesschuß eingeführt haben. Wir waren natürlich alle entsetzt und konnten das alles gar nicht begreifen, daß es bei uns in der BRD sowas möglich ist. Und dann die Jahre durch hab ich mit den Angehörigen Kontakt behalten. Ich bin auch sehr froh darüber, daß ich sie kenne, und wir geben uns gegenseitig auch viel Kraft und Stärke.

Ich bin Martha Barabaß, die Mutter von Ingrid Barabaß. Noch bevor meine Tochter verhaftet wurde, habe ich Kontakt zu der Angehörigengruppe aufgenommen und dort regelmäßig mitgearbeitet. Schon damals, als ich irgendwann wußte, daß meine Tochter in die Illegalität gegangen war, um ihren politischen Kampf weiterzuführen, war es für mich sehr wichtig, mit anderen Angehörigen über die Fragen, die mich nun bewegten, zu sprechen. Es waren Fragen nach den Gründen für ihr Weggehen und warum sie gerade diese Form des Kampfes für ihre politischen Ziele gewählt hatten. Auch über die Angst wollte ich mit den anderen sprechen, die Angst, was passiert, wenn meine Tochter verhaftet würde, denn inzwischen hatte ich schon viel über die unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD erfahren. Ich wußte auch, wieviele bei der Fahndung und Festnahme ermordet oder schwer verletzt worden waren. Ich wollte aber auch wissen, wie ich mich gegenüber der Polizei oder allgemein verhalten soll, um meiner Tochter nicht zu schaden. Durch unsere Gespräche in der Angehörigengruppe und durch unsere eigenen Erfahrungen mit dem BRD-Staat haben wir mehr von den politischen Zielen unserer Angehörigen verstehen können, und uns selber ist klarer geworden, daß sich hinter den unmenschlichen Haftbedingungen und den ungesetzlichen Schikanen gegen uns ein insgesamt unmenschliches und ungesetzliches System verbirgt. Aber die Angehörigen kommen nicht nur zusammen, um miteinander zu reden, sondern wir überlegen auch gemeinsam, was wir tun können, um die Haftbedingungen unserer Angehörigen zu verändern.

Wie sehen die Haftbedingungen bei den politischen Gefangenen jetzt aus?

Seit 1975 gibt es ein 24-Punkte-Haftstatut, welches der Ermittlungsrichter gegen alle Gefangenen nach einem § 129a-Verfahren ausspricht. Der wesentliche Inhalt dieses 24-Punkte-Programms ist die Einzelisolation der Gefangenen. So werden vor allen Dingen im einzelnen geregelt, welche Kontrollen bei welchen Gelegenheiten sie über sich ergehen lassen müssen. Im Verlauf des weiteren Verfahrens wird dann ab und zu aus der Einzelisolation eine Kleingruppen-Isolation oder Zweierisolation gemacht. Was das 24-Punkte-Programm selbst nicht enthält, dafür sorgt dann der Ermittlungs- bzw. Haftrichter. Ein Großteil der Leute, die ein Interesse an einer politischen Auseinandersetzung mit den Gefangenen haben, erhalten Besuchs- bzw. Schreibverbot. Die Folge ist, daß die Gefangenen regelmäßig fast nur noch von ihren Angehörigen Besuch bekommen. Briefe kommen kaum noch durch. Seit etwa einem Jahr gibt es eine weitere Verschärfung, daß z.B. Fotokopien, Informationsbroschüren, Zeitungsausschnitte nicht mehr beigelegt werden können, bzw. den Gefangenen nicht mehr ausgehändigt werden. Im weitesten Fall, so bei den Gefangenen aus der RAF Günther Sonnenberg und Roland Mayer gibt es inzwischen ein regelrechtes Bestellverbot für politische Bücher.



Das Gefängnis Stuttgart-Stammheim — Symbol für den besonderen „Strafvollzug" an politischen Gefangenen

Sagt doch mal genauer was zu den Punkten, z.B. Besuchsverbote, wie läuft das, mit welcher Begründung?

Bei meiner Tochter Heidi ist das so mit den Besuchen: Die ganze Zeit hat eigentlich nur eine Frau aus Karlsruhe drei Besuche machen können, dann sind die Besuche verboten worden aus irgendeinem fadenscheinigen Grund. Danach besuchte ich sie nur alleine. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wollte mir sogar diese Besuche bei meiner Tochter verbieten, nachdem ich am 8.11.83 im Prozeß in Düsseldorf nicht ruhig zugesehen habe, wie sie meine Tochter zu Boden geschlagen haben. Ich bin aufgesprungen, habe meine Tochter am Boden liegen sehen, die Beamten über ihr, ich habe nur noch ihre Arme gesehen und habe entsetzlich geschrien aus Angst. Und dafür wollte mir dann die BAW die Besuche verbieten, weil ich nicht ruhig zugesehen habe, wie sie meine Tochter behandelten. Als das offenkundig wurde, daß die BAW mir die Besuche verbieten wollte, haben sich viele Leute mit mir solidarisch erklärt. Sie haben an das Gericht geschrieben und haben viel Öffentlichkeit hergestellt, so daß es also nicht dazu gekommen ist, mir diese Besuche zu verbieten.

Ich denke, die Drohung mit dem Besuchsverbot gegen Vreni ist ein Versuch der BAW und des Staatsschutz', uns einzuschüchtern, denn für uns sind die Besuche bei den Gefangenen natürlich wichtig. Die andere Seite dabei ist, daß wir, sagen wir mal, die aktiven Angehörigen bei den Besuchen auch politisch diskutieren wollen, z.B. über die Situation der Gefangenen in den Knästen. Und von diesen politischen Diskussionen will die BAW die Gefangenen abschneiden.

Genauso sieht es mit der Zensur von Briefen aus. So hat z.B. die Mutter von Christian ihm einen ausführlichen Bericht über eine Veranstaltung geschickt, in dem sie u.a. auch ihre Meinung über die Haftbedingungen und über diesen Staat freimütig geäußert hat. Daraufhin wurde dieser Brief beschlagnahmt, gelangte mit der Begründung zur Habe, sie habe in grob unrichtiger und entstellender Weise über die Situation in der BRD und speziell über die Haftbedingungen der Gefangenen geschrieben.

Bei den Gefangenen werden sehr viele Briefe angehalten, z.B. bei meiner Tochter Heidi ist es so, daß sie mir kürzlich geschrieben hat, daß sie nun den dritten Ordner mit Anhaltebeschlüssen für Briefe angelegt hat.

Seit 1977 fordern die Gefangenen aus der RAF die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen von mindestens 15 Gefangenen. Zur Durchsetzung dieser Forderung waren sie im Frühjahr 1981 zum letzten Mal in einem großen kollektiven Hungerstreik. Sie haben ihre Zusammenlegung nicht durchsetzen können. Unterstützt ihr denn die Forderung eurer gefangenen Angehörigen weiter, obwohl doch der Generalbundesanwalt Rebmann zuletzt auf seiner Pressekonferenz am 14.12.1983 unmißverständlich erklärt hat, es werde keine Zusammenlegung von Gefangenen „mit terroristischem Hintergrund" mehr geben? Ist ein weiteres Bemühen da nicht sinnlos?

Unsere gefangenen Angehörigen können nur in interaktionsfähigen Gruppen als Menschen überleben. Interaktionsfähige Gruppen heißt entsprechend dieser ärztlichen Gutachten erst mal, daß mindestens 15 Gefangene mehrere Stunden täglich miteinander Umschluß haben, wozu sie ihr Arbeitsmaterial wie Bücher, Zeitungen, Schreibsachen usw. mitnehmen können; gemeinsamen Hofgang, gemeinsames Fernsehen nach eigener Programmwahl. Dies alles haben doch bereits sämtliche Gutachter im großen Stammheimer Prozeß 1975 festgestellt und vom Gericht verlangt, das sind inzwischen fast zehn Jahre her. Wir wissen auch aufgrund der sehr zahlreichen — und manchmal unvorstellbaren — Schikanen und Versuchen menschlicher Entwürdigung gegen unsere Angehörigen, denen sie seit Jahren seitens der Knastverwaltungen und der Staatsschutzbehörden ausgesetzt sind, daß es für sie solange keinen Haftvollzug wie für die anderen Gefangenen geben wird, wie sie ihre politische Identität bewahren. Das bedeutet, daß sie auch im Gefängnis unter diesen so erschwerten Bedingungen den Kampf fortsetzen, den sie draußen einmal begonnen hatten. Um ihr Bewußtsein bzw. ihren Willen zu brechen, werden sie ja gerade diesen vernichtenden Haftbedingungen ausgesetzt.

Die Bundesanwaltschaft hat im Zusammenhang mit dem Hungerstreik 81 erklärt, daß eine Unterstützung der Zusammenlegungsforderung dann strafbar sei, wenn sie lediglich aus humanitären Motiven erfolge. Eine Reihe von Strafverfahren sind in der Folge eingeleitet worden. Die staatliche Propaganda behauptet, man kann nicht von einem Vernichtungswillen des Staates sprechen, wenn er — um sich selbst zu schützen — die Unterstützung der Zusammenlegungsforderung dann kriminalisiert, wenn damit ganz ausdrücklich gemeinsame Arbeits- und Diskussionsbedingungen unter den Gefangenen gefordert werden? Als jüngstes Beispiel der Kriminalisierung steht die Sog. Aktion Grüße an die politischen Gefangenen.

Gegenüber Gefangenen, die völlig wehrlos und vereinzelt dem Staat ausgeliefert sind, braucht dieser sich nicht zu schützen, das ist doch wirklich nur Propaganda. Zu deiner Frage:

Herr Rebmann, die BAW, das BKA sowie sämtliche Staatsschutzbehörden wissen seit Jahren, daß es bei unseren gefangenen Angehörigen eine solche Trennung zwischen ihren physichen Existenzbedingungen — also Bedingungen, die ihr Überleben als Menschen garantieren — und ihrem Bewußtsein (Identität) nicht gibt. Beides sind tatsächlich wie die zwei Seiten einer einzigen Medaille. Diese totale Einzelisolation zielt ja gerade auf dieses Bewußtsein der Gefangenen. Deshalb versucht der Staat, soweit er das überhaupt durchsetzen kann, sie von sämtlichen Möglichkeiten einer politischen Auseinandersetzung abzuschneiden, sie ihnen aus der Absicht heraus wegzunehmen, sie auf diese Weise umzudrehen, sie zum Abschwören zu bringen. Das ist ein regelrechts Gehirnwäscheprogramm. Daher die ganzen Besuchs- und Schreibverbote, Verteidigerausschlüsse, Bücherbestellungsverbote usw.

Nun hat der Staat aber die Erfahrung machen müssen, daß ihm das bei unseren gefangenen Angehörigen nicht gelingt (so hat Ulrike 256 Tage Totalisolation im Toten Trakt in Ossendorf aufgrund ihres Kampfes ungebrochen überlebt). Deshalb greift er das Leben unserer Angehörigen direkt an, scheut er sich auch nicht, in konkreten Situation ihr Leben gezielt auszulöschen (so hat es in sieben Jahren acht tote Gefangene gegeben!).

Bei vielen Besuchen, in zahlreichen Briefen schreiben bzw. sprechen unsere gefangenen Angehörigen gerade davon. So war ich im Prozeß gegen Brigitte und Christian, der am 1. Februar vor dem 5. Strafsenat des OLG Stuttgart begonnen hat, und habe da ihre Erklärungen gehört: Sinngemäß sagte da Brigitte, daß der ganze Staatsschutzapparat deshalb so getroffen ist, weil er — obwohl er doch die völlige Verfügungsgewalt über die Gefangenen hat — nicht über sie nach Belieben verfügen könne, da er ihnen ihr Bewußtsein nicht herausreißen könnte. Daher wiederhole jetzt Herr Rebmann dauernd, es ginge den Gefangenen ja gar nicht um die Aufhebung der Isolation, sondern nur um die Fortsetzung des Kampfes.

In seiner Weise hat er damit ja recht: Weil sie die Identität der Gefangenen nur vernichten können, wenn sie diese selbst vernichten, geht jetzt unter Innenminister Zimmermann die Regierungspropaganda ganz offen dahin, daß die körperliche Unversehrtheit der Gefangenen zur Disposition steht. Der BKA-Beamte Alfred Klaus, der sich am längsten und am meisten von allen Staatsschützern mit der Diskussion unter den sowie Psychogrammen der Gefangenen befaßt hat, spricht das in einer offiziellen Dokumentation des Bundesministers des Innern mit dem Titel „Aktivitäten und Verhalten inhaftierter Terroristen", Bonn 1983, so aus:

„Bedacht werden muß aber auch, daß der staatliche Strafanspruch und der Schutz der Allgemeinheit

vor weiteren schweren Straftaten nicht von vornherein und unter allen Umständen hinter das Interesse des Gefangenen an seiner körperlichen Unversehrtheit zurücktreten kann."

Sie werden verstehen, daß wir deshalb sehr um das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Angehörigen in Sorge sind und daß wir alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun werden, damit wir ihre Zusammenlegung gemeinsam durchsetzen können. Es ist uns allen klar, daß das nicht leicht ist und daß das auch nicht schnell erreicht werden kann.

Ja, dazu gibt es das Beispiel meines Sohnes Lutz, der Ende des Jahres 1980 in eine sehr schwierige persönliche Situation geraten war, als er sich noch in Schwalmstadt in der Einzelisolation befand. Durch seinen Kampf und durch die Unterstützung, die er damals auch von den Angehörigen erfahren hatte, konnte er im Frühjahr 1982 seine Verlegung in die in Celle bestehende Kleingruppe durchsetzen. Zu diesem Zeitpunkt war das für ihn der wichtige Schritt, denn im selben Augenblick, wo er das Zusammensein und die gemeinsame Auseinandersetzung mit anderen politischen Gefangenen hatte, war seine damalige große persönliche Gefährdung völlig verschwunden. Aus dieser Erfahrung heraus unterstützt ich auch für alle anderen Gefangenen die Forderung nach ihrer Zusammenlegung.

Gibt es Repressionen in Form einer Kriminalisierung gegen euch, obwohl ihr Angehörige seid?

Ja. Seit einigen Jahren gibt es auch für uns als Angehörige keinen verläßlichen Schutz vor der Kriminalisierung mehr wie in den Anfangsjahren. Und zwar handelt es sich um ein direktes Ermittlungsverfahren nach §129a StGB („Werbung und Unterstützung für eine terroristische Vereinigung"). Hintergrund war eine Aktion von uns im Juni vergangenen Jahres, als wir uns vor dem Bayerischen Justizministerium angekettet und an die Passanten eine Erklärung zur Situation des Gefangenen aus der RAF Bernd Rössner verteilt hatten. Von allen Gefangenen ist dieser ja — mit wenigen Unterbrechungen — am längsten einzelisoliert. Um seine Verlegung in die Gruppe nach Celle durchzusetzen, war er im April 1983 in einen unbefristeten Schmutzstreik getreten, so daß er in der Folge fünf Monate lang in einer leeren, weiß gekachelten Bunkerzelle zubringen mußte.

Wie unbedingt es dem Staat darum gegangen ist, seine Verlegung zu verhindern, wurde ja nicht nur daran deutlich, daß er ihn nach der Beendigung des Schmutzstreiks in die Psychiatrischen Abteilung des Straubinger Knasts verschleppte, sondern daß er auch die Öffentlichkeit zu seiner Situation überhaupt kriminalisierte. Im Augenblick können wir noch nicht sagen, ob es dann auch zu einem Strafverfahren gegen einige von uns kommen wird. Dieses Verfahren hat natürlich die Funktion, uns dazu zu bringen, nichts mehr für unsere gefangenen Angehörigen zu tun.

Was macht ihr dagegen?

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit besteht darin, Öffentlichkeitsarbeit zu den Haftbedingungen der Gefangenen zu machen, z.B. mit den Angehörigen-Infos, die wir seit Jahren regelmäßig herausgeben, über Presserklärungen, Veranstaltungen usw.

Es ist ja so, daß viele Menschen hier gar nicht wissen, was in den Knästen gegen die politischen Gefangenen abläuft; oder manche wollen es auch nicht wahrhaben. Denn das hieße ja für sie, daß sie sehen müssen, daß nicht nur in El Salvador, Südafrika oder der Türkei, also so weit weg von hier, politische Gefangene gefoltert werden, sondern daß das auch hier im eigenen Land passiert. Wenn man das weiß, ist man vor die Entscheidung gestellt, daraus Konsequenzen zu ziehen. Also deswegen finden wir es wichtig, immer wieder über die Haftbedingungen zu informieren. Das andere an der Öffentlichkeitsarbeit ist, daß wir anderen Leuten auch erklären wollen, bzw. mit ihnen darüber reden möchten, warum die Gefangenen ihre Zusammenlegung wollen. Die Zusammenlegungsforderung zu verstehen, ist eine wichtige Voraussetzung, um dazu zu kommen, was man selbst tun kann, um sie durchzusetzen.

Es geht uns aber nicht nur darum, nur andere zu bewegen, die Zusammenlegungsforderung zu unterstützen, sondern wir überlegen selbst, was wir für ihre Durchsetzung tun können.

Ich will mal am Beispiel der „Spiegel"-Besetzung im HS 1981 erklären, welche Bedeutung die Aktionen, die wir zur Durchsetzung der Zusammenlegung der Gefangenen machen, für uns und überhaupt haben.

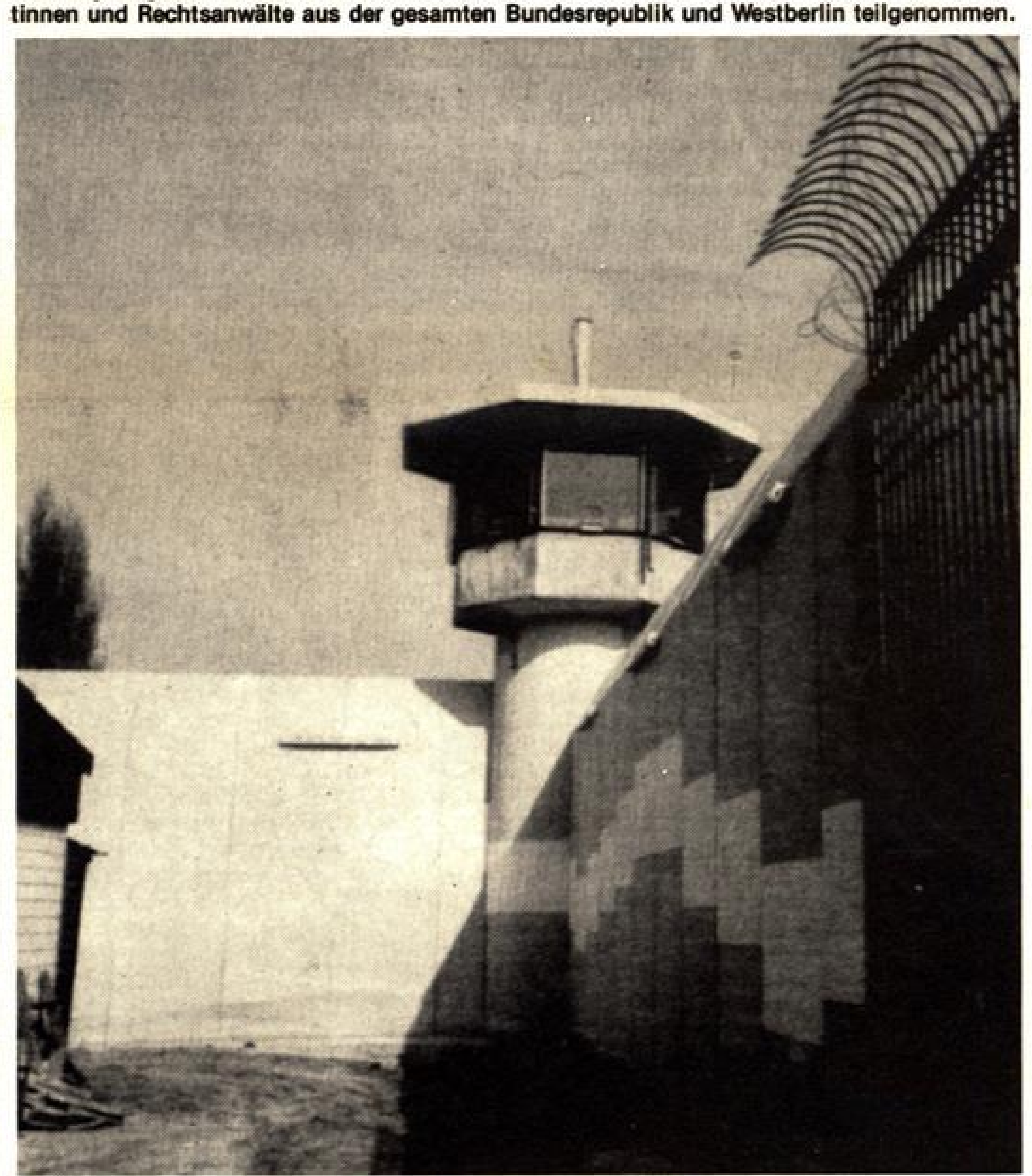
Damals hatte es zu Beginn des HS eine Pressekonferenz gegeben, an der neben Anwälten auch Angehörige teilgenommen haben. Zu dieser Pressekonferenz sind sehr viele Journalisten gekommen, trotzdem wurde weder in Zeitungen, noch in den sonstigen Medien über die Inhalte der Pressekonferenz — den HS, die Haftbedingungen, die Forderung nach Zusammenlegung — berichtet. Da wurde uns klar, daß eine Nachrichtensperre verhängt worden war. Wir mußten uns also überlegen, wie wir die Nachrichtensperre durchbrechen können und sind dann darauf gekommen, den „Spiegel" als eines der wichtigsten Presseorgane in der BRD zu besetzen. Wir haben das dann organisiert, zu gucken, wie wir da reinkommen; dann haben wir die Kantine des „Spiegel" ausgeguckt, weil man von da aus die Besetzung über Transparente gut nach außen sichtbar machen konnte und wir auch Kontakte zu Leuten halten konnten, die uns von draußen unterstützt haben. Wir hatten Zugang zu einer Tür nach draußen, was ganz wichtig war, weil die „Spiegel"-Leute versuchten, uns unter Druck zu setzen und uns alle Möglichkeiten zu nehmen.

Wir waren fest entschlossen, den „Spiegel" nicht eher zu verlassen, als wir unser Ziel — die Nachrichtensperre zu durchbrechen — erreicht hatten. Wir haben es dann auch geschafft, mehrere Stunden in der „Spiegel"-Kantine zu bleiben, bis der „Spiegel" die Polizei zur Räumung herbeigeholt hatte. Es kamen viele Journalisten zur „Spiegel"-Kantine, wir kriegten über ein Radio, das wir dabei hatten, mit, daß in den Nachrichten und Magazinsendungen über unsere Aktion, d.h. eben auch über den HS der Gefangenen, berichtet wurde. Eine Videogruppe war mit in der Kantine und hat die Aktion gefilmt.

Den Film haben wir dann später öfter bei Veranstaltungen gezeigt. Weil wir nicht rein- und rausgehen konnten, haben uns Leute vor dem „Spiegel"-Gebäude unterstützt. Das handfeste Ergebnis unserer Aktion war, daß viele Zeitungen darüber und über den HS berichtet haben oder später auch noch auf uns zugekommen sind, um Interviews oder Berichte mit uns zu machen. Aber diese Aktion hatte auch noch andere „Erfolge": Es war für uns selbst eine wichtige Erfahrung, daß wir etwas bewirken und bewegen können, wenn wir selbst anfangen, etwas zu tun. Das hat uns dann auch Stärke für die weiteren Aktionen gegeben, die wir im HS 81 gemacht haben. Wir haben damals auch die Erfahrung gemacht, daß wir auch andere Leute mit unserer Aktion mobilisiert haben, so wie es uns auch immer Mut und Kraft gibt, wenn wir sehen, da sind neben uns noch andere, die für die Zusammenlegung der Gefangenen kämpfen.

Strafverteidigung kritisiert Sonderhaftbedingungen

Ergänzend zu dem nebenstehenden Interview dokumentieren wir eine Stellungnahme des 8. Strafverteidigertages zum „Sondervollzug bei den Gefangenen nach § 129a StGB". Der Strafverteidigertag fand Ende Mai statt. An ihm haben ca. 400 Juristen, hauptsächlich Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus der gesamten Bundesrepublik und Westberlin teilgenommen.



Hochsicherheitstrakt in Celle

Sondervollzug bei den Gefangenen nach § 129a StGB

I.

Die Arbeitsgruppe stellt fest: Die seit 1970 in der Bundesrepublik systematisch eingeführten Sonderhaftbedingungen für politische Gefangene sind — trotz der bereits zu Beginn der 70er Jahre einsetzenden breiten öffentlichen, insbesondere auch juristischen und medizinischen Kritik — in keiner Weise eingeschränkt, sondern bis heute im Gegenteil immer weiter verschärft und auf einen größeren Personenkreis ausgeweitet worden, gleichermaßen für Strafgefangene wie für Untersuchungsgefangene wegen § 129a StGB. Unterbringung in seit 1977 eigens erbauten Hochsicherheitstrakten, 24-Stunden-Einzelhaft, Beschränkung des Besuchsverkehrs zumeist auf wenige Verwandte unter ständiger Überwachung, massive Einschränkung verfügbarer Information und auch nur schriftlicher Äußerungsmöglichkeit der Gefangenen durch Heraussäuberung politischer Zusammenhänge aus Post- und Büchersendungen, ständige weitere Einschränkung des Kontakts zum Verteidiger auf der Basis der Verteidigerpostkontrolle und der Trennscheibe gem. §§148, 148a StPO sind zum „Normalzustand" gemacht worden.

Durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen Personen, die sich an einer Diskussion um Zusammenlegung politischer Gefangener beteiligen oder die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung unterstützen, von Seiten der Bundesanwaltschaft wegen § 129a StGB seit vorigem Sommer ist zur weiteren Zementierung der Isolationshaft ein neuer entscheidender Schritt getan worden. Die vom BGH-Ermittlungsrichter Gollwitzer jetzt durch Beschluß vom 9.3.84 entgegen der bisherigen Rechtsprechung verschiedener OLGs festgelegte Linie, daß die Trennscheibe zwischen Verteidiger und Beschuldigtem auch schon bei einem „einfachen" Tatverdacht eines Delikts nach § 129a StGB möglich ist, also ohne die strengeren Anforderungen eines Haftbefehls, läuft auf eine Ausschaltung auch nur einigermaßen direkter Kommunikation zwischen Gefangenem und Verteidiger jetzt bei allen § 129a-StGB-Gefangenen hinaus. Faktisch wird die Bundesanwaltschaft so ermächtigt, durch Einleitung von Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB Trennscheiben durchzusetzen.

2.

Der Umstand, daß diese Sonderhaftbedingungen in zahlreichen Entscheidungen damit befaßter Gerichte — insbesondere auch des BGH und des Bundesverfassungsgerichts — unter Berufung auf die „öffentliche Sicherheit" für rechtens befunden wurden, kann an ihrer völligen Unvereinbarkeit mit fundamentalen Rechtsansprüchen der Gefangenen nichts ändern. Die physische und psychische Zugrundrichtung der politischen Gefangenen durch die — damals noch weniger einschneidenden — Sonderhaftbedingungen wurde bereits 1975 im Prozeß gegen Andreas Baader u.a. von mehreren psychiatrischen Sachverständigen festgestellt. Sie wurde und wird zum erheblichen Teil von den Gerichten nicht bestritten, sondern als von den Gefangenen „selbstverschuldet" gerechtfertigt. Z.T. wird auch offen ausgesprochen, daß sie ohne Abrücken der Gefangenen von ihrer politischen Identität aufrechterhalten bleiben muß.

Wir dagegen stellen fest: Es gibt kein wie auch immer geartetes „Sicherheitsinteresse", welches die Zugrunderichtung Gefangener rechtfertigen könnte. Es gibt keine rechtfertigenden Umstände, die es erlauben würden, den Anspruch des Gefangenen auf menschenwürdige Behandlung, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Verteidigungsfähigkeit, Recht auf Meinungsfreiheit so massiv gegenüber einem angeblichen öffentlichen Interesse zurücktreten zu lassen, daß er in seinem Kernbereich nicht mehr gewährleistet ist. Die mit den entsprechenden Verfahren befaßten Gerichte und Behörden verstoßen mit ihren die Haftbedingungen zementierenden und ausweitenden Entscheidungen gegen die o.a. Rechtsansprüche des Gefangenen garantierenden völkerrechtlichen und innerstaatlichen Regelungen, insbesondere des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 und der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950.

3.

Die Arbeitsgruppe hält unter den gegebenen Umständen folgendes für erforderlich:

a) In der Öffentlichkeit — auch und gerade in der juristischen Öffentlichkeit — müssen Anstrengungen unternommen werden, eine Auseinandersetzung um das Sonderhaftkonzept für politische Gefangene und dessen ständige Ausweitung wieder aufzunehmen; dabei soll insbesondere das dem „Sicherheitsbegriff" bei den politischen Gefangenen zugrundeliegende Konzept der Eliminierung des „inneren Feindes" als mit den nach Völkerrecht und grundrechtlichen Garantien geltenden Rechtsansprüchen von Gefangenen unvereinbar angegriffen werden.

b) Die gesetzlich nirgendwo normierten, vielmehr lediglich auf Haftstatuten und Rechtsprechung beruhenden Sonderhaftbedingungen, insbesondere durch Unterbringung in Hochsicherheitstrakten, Einzelisolation, Beschränkungen des Besuchs- und Postverkehrs müssen aufgehoben werden, die Hochsicherheitstrakte beseitigt werden.

c) Die die Haftbedingungen zusätzlich verschärfenden und die Verteidigung schwerwiegend beeinträchtigenden gesetzlichen Regelungen in §§148, 148a (Trennscheibe, Verteidigerpostkontrolle), 231a, 231b StPO (Fortsetzung der Hauptverhandlung nach Ausschluß des Angeklagten wegen ordnungswidrigen Benehmens oder schuldhafter Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit), §§31-38 EGGVG (Kontaktsperre) sind aufzuheben.

d) Die vom Bundesrat geplante Normierung der Anwendbarkeit der Trennscheibe zwischen Verteidiger und Gefangenem auch ohne §129a-StGB-Vorwurf im gesamten Strafvollzug, wie überhaupt jede Ausweitung der Sonderhaftpraxis auf noch weitere Personen — seien sie nun als politische Gefangene oder aus anderen Gründen in Haft — muß von vorneherein verhindert werden.

e) Die von der Bundesanwaltschaft betriebene Kriminalisierung der Diskussion um und Forderung nach Zusammenlegung politischer Gefangener als angeblichem Versuch der Aufrechterhaltung der RAF in Gefangenschaft und damit Vergehen gegen § 129a StGB kann nicht hingenommen werden. Wir gehen davon aus, daß die politischen Gefangenen schon auf der Basis des einfachen U-Haft- bzw. Strafvollzugsrechts — entsprechend den von medizinischen Gutachtern schon im Prozeß gegen Baader u.a. aufgestellten Forderungen nach Bildung interaktionsfähiger Gruppen als Voraussetzung für eine Begrenzung der ruinösen Wirkungen der Haft — ein Recht auf Zusammenlegung.

— Anzeige —

Theorie im RM-Verlag

Aus unserem Vertriebsprogramm:



Lehrbuch Politische Ökonomie
Band 1, Die bürgerliche Produktionsweise, 359 Seiten, 14,80 DM.
Band 2, Die sozialistische Produktionsweise, 397 Seiten, 10,80 DM.



Ernst Thälmann Reden und Aufsätze
Band 1, 655 Seiten mit vielen Bilddokumenten, 12,— DM.
Band 2, 567 Seiten mit vielen Bilddokumenten, 12,— DM.

Von Weimar zu Hitler
Deutschland — Sein oder Nichtsein?
Band I
Paul Merker
Materialismus Verlag

Paul Merker: Deutschland — Sein oder Nichtsein
Band 1, Von Weimar zu Hitler, 424 Seiten, 22,— DM.
Band 2, Das Dritte Reich und sein Ende, 574 Seiten, 26,— DM.

Bestellungen an:
RM-Verlag
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



ROTE HILFE DEUTSCHLANDS e.V.
Zentralvorstand

ROTE HILFE
Deutschlands e. V.
— BUNDESVORSTAND —
Postfach 21 03 09
2800 Bremen 21

Pressemitteilung

Liebe Freunde,
wir übersenden euch heute mit der Bitte um Veröffentlichung die Resolution, die von der V. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) am 2. Juni 84 verabschiedet wurde. Die RHD wurde vor fast zehn Jahren gegründet, um bundesweit und überparteilich als Solidaritätsorganisation praktische Hilfe für Menschen zu organisieren, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit und ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen und demokratischen Kampf von Polizei und Justiz bzw. mit Entlassungen und Berufsverboten etc. verfolgt werden. Ihr kennt uns ja. Heute ist die RHD im Bundesmaßstab eine Solidaritätskasse, in die die Beiträge der Mitglieder fließen und aus der Mitglieder und andere, zu denen unsere Ortsgruppen Kontakt haben, unterstützt werden. In einigen wenigen Städten gibt es darüber hinaus aktive Rote-Hilfe-Gruppen.

Unser Wunsch ist es, über das Spektrum unserer heutigen Mitglieder hinaus Kontakte zu knüpfen zu anderen Rechtsschutzorganisationen und -komitees, aber auch zu politischen Organisationen, um über Möglichkeiten der gemeinsamen Organisierung der Solidarität zu beraten bzw. dies praktisch zu beginnen. Örtlich gibt es da ja bereits seit langem gute Erfahrungen.

Wir möchten euch daher bitten, die Resolution zusammen mit diesem Schreiben in eurer Zeitung zu veröffentlichen und würden uns freuen, wenn auf diese Weise zwischen euch, euren Lesern und uns Kontakt hergestellt werden könnte.

Gerne senden wir jedem Interessenten weiteres Informationsmaterial zu. Bitte anfordern bei:

Rote Hilfe Deutschlands, Postfach 210309, 2800 Bremen 21. Spendenkonto: 191100 - 462 Postscheckamt Dortmund.

Mit solidarischen Grüßen
für den Bundesvorstand
Almuth Euler (2. Vorsitzende)

Resolution

verabschiedet auf der V. Ordentlichen Bundesdelegierten konferenz der Roten Hilfe Deutschlands

Im Zeichen der Wende läßt die politische Verfolgung keineswegs nach. Im Gegenteil. Rote Hilfe ist zunehmend notwendiger. Der Kreis der Betroffenen wird noch breiter werden.

Wir, die Delegierten der V. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands halten deshalb an der Notwendigkeit fest, Solidarität organisiert zu praktizieren,

- weil politische Verfolgung oft erst Monate, ja Jahre nach dem Kampf, um den es einmal ging, wirksam wird;
- weil eine beständig und überörtlich organisierte Solidarität auch rasch verfügbar ist, wenn sie gebraucht wird;
- weil eine verläßliche Solidaritätsorganisation den Rükken freihält für die weitere Teilnahme am Kampf.

Wir rufen deshalb alle, die im Kampf für die vielfältigen Interessen der Arbeitenden stehen, auf: Werdet Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands!

Nicht, daß wir meinen, die RHD habe das Patentrezept für alle Solidaritätsfälle. Wir erkennen durchaus die Notwendigkeit zeitlich und örtlich begrenzter Solidaritätskomitees und wollen keine Konkurrenz zu ihnen sein, im Gegenteil, ihre Bildung unterstützen, wo es notwendig ist und wir das können. Aber politische Verfolgung ist nicht immer spektakulär, findet nicht immer in großen Schlägen statt, zieht sich oft über Jahre hin, oft ist es nicht möglich, die Solidarität ausreichend jeweils spontan zu organisieren. Eine gemeinsame ständige Solidaritätskasse aber ist von solchen Bedingungen unabhängig.

Wir sind dagegen, daß die Solidarität sich zersplittert und etwa jede politische Organisation, jeder Interessenverband etc. seinen eigenen **ständigen** Solidaritätsfonds aufstellt. So wie der gemeinsame Kampf notwendig ist, so sollte auch die Solidarität gemeinsam organisiert werden. Auch wenn dies heute noch teilweise eine Utopie ist — auf welchem Gebiet könnte es wohl leichter gelingen als auf dem der Solidarität? Wir von der RHD wollen jedenfalls dazu beitragen.

Und so stellen wir uns unsere künftige Arbeit vor:

- Organisieren der Kasse, die durch möglichst viele regelmäßige Einzahler funktioniert. In der Regel soll nur unterstützt werden, wer auch einzahlt. Ausnahmen sind natürlich möglich, z.B. bei denen, die die Rote Hilfe bis dahin nicht kannten.
- Örtlich je nach Notwendigkeit und Möglichkeit praktische Solidaritätsarbeit, z.B. bei der Vorbereitung von politischen Prozessen, eigenständig oder gemeinsam mit anderen.
- Auf der Ebene des Bundesvorstands der RHD eine — unseren heutigen Kräften entsprechend bescheidene — Öffentlichkeitsarbeit, vor allem gezielt unter „Linken" und mehr Initiative zur Zusammenarbeit mit anderen.

Herten, den 2. Juni 1984

An die
Rote Hilfe Deutschlands e.V.
Postfach 210309
2800 Bremen 21

Hiermit erkläre(e) ich (wir) meinen (unseren) Beitritt zur Roten Hilfe Deutschlands e.V. Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe Deutschlands jederzeit widerruflich, die von mir (und meinen Angehörigen) zu entrichtenden Beitragszahlungen in Höhe von

- **monatlich DM..............**
- **vierteljährlich DM.............**
- **halbjährlich DM............ (Zutreffendes bitte ankreuzen)**
- **jährlich DM..............**

jeweils zu Beginn des Fälligkeitszeitraums zu Lasten meines (unseres) hierunter angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Für wiedereintretende ehemalige Mitglieder:

- **Ich bin ferner mit der einmaligen Einziehung von DM.............. zum Ausgleich rückständiger Beiträge einverstanden.**

Name und Anschrift des Mitglieds/der Mitglieder: ....

Bankleitzahl: ....
Konto-Nr.: ....
Name und Ort des kontoführenden Geldinstituts: ....

Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Wenn das angegebene Konto die erforliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

..
(Ort, Datum)

..
(Unterschrift/en)



Die neue ROTE-HILFE-Zeitung

Mit Beiträgen zum 5. Ordentlichen Bundesdelegiertenkongreß / Dem 10. Todestag von Günther Routhier / Über „Kohl-Prozesse?". Mit Berichten aus der Arbeit der Roten Hilfe und Spendenaufrufen zu konkreten Solidaritätsprojekten.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461



Zu bestellen beim RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Internationalismus

DATEN, FAKTEN DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

Schwerpunkt: immer da, wo DM mitmischt

WOCHENZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

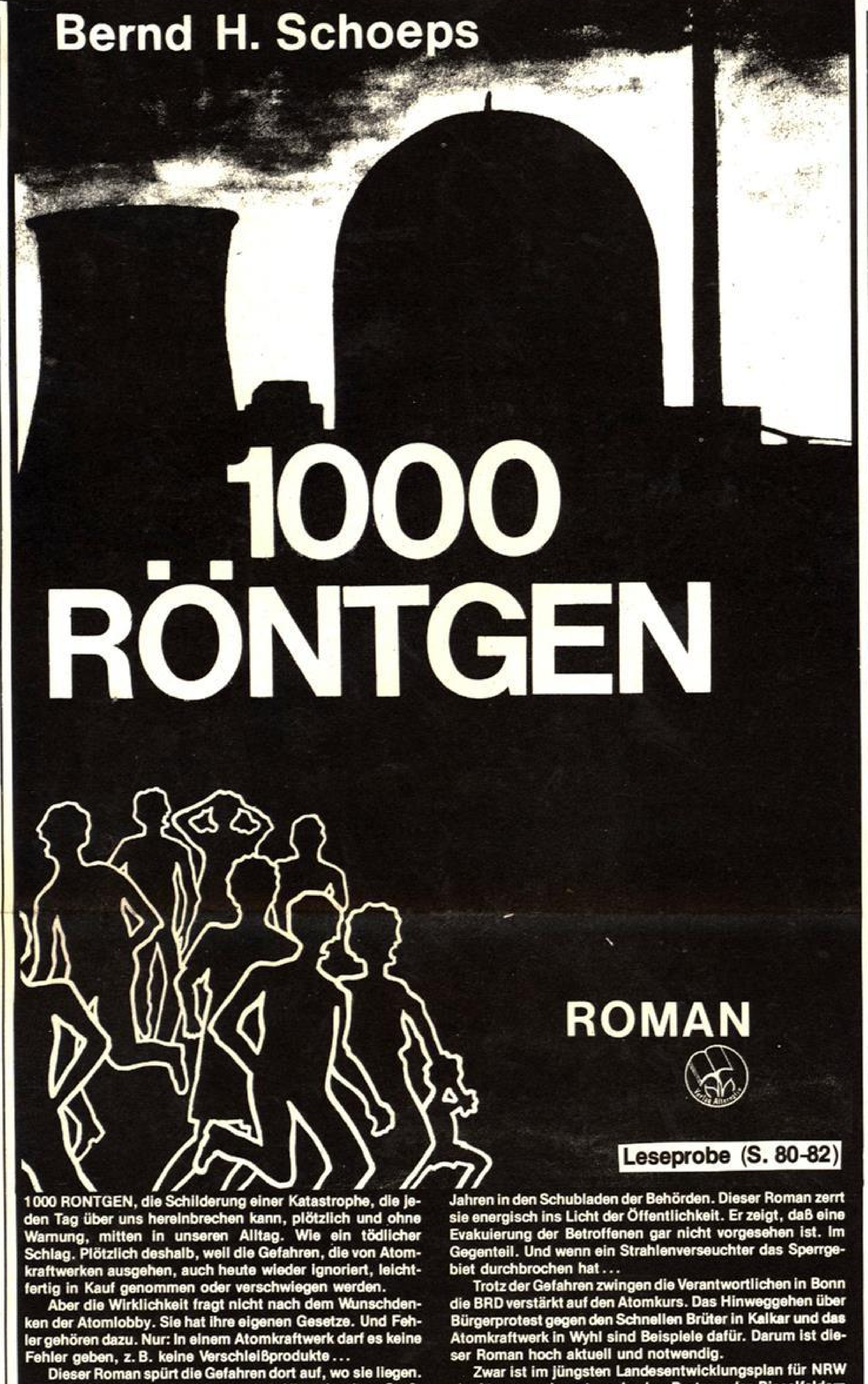
Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ...
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461



1000 RONTGEN, die Schilderung einer Katastrophe, die jeden Tag über uns hereinbrechen kann, plötzlich und ohne Warnung, mitten in unseren Alltag. Wie ein tödlicher Schlag. Plötzlich deshalb, weil die Gefahren, die von Atomkraftwerken ausgehen, auch heute wieder ignoriert, leichtfertig in Kauf genommen oder verschwiegen werden.

Aber die Wirklichkeit fragt nicht nach dem Wunschdenken der Atomlobby. Sie hat ihre eigenen Gesetze. Und Fehler gehören dazu. Nur: In einem Atomkraftwerk darf es keine Fehler geben, z. B. keine Verschleißprodukte ...

Dieser Roman spürt die Gefahren dort auf, wo sie liegen. In mehreren Ebenen schildert er den Alltag in einer Großstadt (der Leser denkt unschwer an Dortmund) und die Vorgänge in einem nahe gelegenen Atomkraftwerk. Scheinbar belanglose Begebenheiten fügen sich wie Mosaiksteine zum Bild einer gigantischen Bedrohung. Die Summe der technischen und menschlichen Fehlleistungen führt unausweichlich in die atomare Katastrophe. Morgen? Übermorgen? Heute?

Die Pläne für einen solchen Katastrophenfall liegen seit Jahren in den Schubladen der Behörden. Dieser Roman zerrt sie energisch ins Licht der Öffentlichkeit. Er zeigt, daß eine Evakuierung der Betroffenen gar nicht vorgesehen ist. Im Gegenteil. Und wenn ein Strahlenverseuchter das Sperrgebiet durchbrochen hat ...

Trotz der Gefahren zwingen die Verantwortlichen in Bonn die BRD verstärkt auf den Atomkurs. Das Hinweggehen über Bürgerprotest gegen den Schnellen Brüter in Kalkar und das Atomkraftwerk in Wyhl sind Beispiele dafür. Darum ist dieser Roman hoch aktuell und notwendig.

Zwar ist im jüngsten Landesentwicklungsplan für NRW ein Atomenergiezentrum in den Dortmunder Rieselfeldern als Ziel nicht mehr ausgewiesen. Aus Kostengründen? Oder ist das ein Erfolg der Waltrop/Datteiner Bürgerinitiative. Auch wenn deren Aktivitäten zur Zeit ruhen, bleibt das Mißtrauen wach.

B.H. Schoeps, 1000 Röntgen, 230 S., 16,80 DM. Zu beziehen bei: Verlag Alternativ, E. Muschol, Grenzstr. 32. 4630 Bochum 6.

Plan SS

Von den vielen tausend Menschen, die in den Straßenschluchten nach Süden flüchteten, wußte niemand, daß die Hubschrauber die Windgeschwindigkeit, die Ausbreitung der radioaktiven Gase, ihre Höhe und ihre Strömungsrichtung untersuchen sollten. Die Piloten wurden von der Einsatzleitung aufgefordert, weiter NNW zu fliegen, da die Geigerzähler im nördlichen Stadtbereich in keinem Fall überdurchschnittlich ansprachen. Hoch über der nördlichen Stadtgrenze, die ca. 11 km vom Katastrophenzentrum entfernt war, konnten die Besatzungen den aus dem ehemaligen Kraftwerk aufsteigenden Rauchpilz deutlich erkennen. Zwar war er längst nicht so hoch wie bei einer Atombombenexplosion, auch nicht von einer solchen Konsistenz°, doch dafür besaß er einen verhältnismäßig großen horizontalen Durchmesser. Eine scharfe Grenzlinie war kaum auszumachen, dafür waren die Gase zu wenig kohäsiv und zudem auch nicht in Form einer geballten Ladung expandiert*. Überdies hatte der Wind den Pilzhut rundum zerfetzt und eine lange Fahne nach Süden getrieben, deren weiteste Ausläufer nur noch wenige Kilometer von der Stadtgrenze entfernt waren.*

Der Pilot der mittleren Maschine zog den Steuerknüppel an. Das Ticken des Geigerzählers nahm in einer Höhe von rund 400 Metern beträchtlich ab, stieg aber bei 500 Metern noch einmal schwach an. Der höchste Helikopter meldete nur ganz minimale Radioaktivität, während der Zähler des untersten bereits schneller knatterte. Die Angaben aus einer Höhe von ca. 100 Metern schwankten zwischen 30 und 50 Röntgen PRO Stunde, und dieses war erst der Rand der radioaktiven Wolke. Nach einem weiteren Kilometer meldete der unterste Helikopter einen Anstieg der Strahlung auf 200 R* bei Windstärke 3, der mittlere 72 R bei Windstärke 4 und der oberste 15 R. Je mehr sie sich dem Kraftwerk näherten, um so intensiver wurde die Strahlung, bis sie schließlich in 8 km Entfernung vom Strahlenherd über 400 R betrug. Das Zählrohr der untersten Maschine gab ein Trommelfeuer ab, das dem Piloten und seinen beiden Kollegen eine Gänsehaut über den Rükken jagte. Ein prüfender Blick sowie ein vergewisserndes Zupfen an ihren Strahlenschutzanzügen verschaffte ihnen jedoch die notwendige Ruhe. Dennoch stiegen sie auf über tausend Meter Höhe zu den beiden anderen Maschinen auf, weil die Schutzanzüge nur begrenzt absorptiv* waren.*

Die Aussicht aus ihrer stählernen Libelle ließ ihnen in zunehmendem Maße das Blut in den Adern gerinnen: Totenstille herrschte auf den sonst so lebhaften Straßen. Obwohl kein Haus sichtbar beschädigt, kein Bombentrichter zu sehen und kein Grashalm abgebrannt war, lagen Menschen regungslos auf den Bürgersteigen, standen Autos quer auf den Straßen oder waren scheinbar ohne ersichtlichen Grund auf irgendein Hindernis geprallt, als hätte eine geheimnisvolle Macht von einer Sekunde auf die andere jedes Leben ausgelöscht. Allerdings war dieses Gebiet, rund 7 km von der Stadtgrenze entfernt, relativ dünn besiedelt, besonders im Umkreis von 3 km um das Kraftwerk herum, wo nur vereinzelte Gehöfte zu erkennen waren. Sämtliche Tiere, die auf den zugehörigen Ländereien geweidet hatten, lagen in seltsam verkrümmten Stellungen am Boden. Der radioaktive Nebel, der immer noch aus der Reaktorruine aufstieg, entzog sich allmählich den Blicken der Hubschrauberbesatzungen, die genügend Informationen gesammelt hatten, um einen vollständigen Bericht abgeben zu können. Nach einem abschließenden Rundflug 8 km um das Stadtzentrum herum, ging die Meldung raus:

Minimal 400 Röntgen pro Stunde bei Distanz 5 km, südlich von Wtrp. I 600 R. Schnell ansteigende Werte in keilförmiger Fahne in Richtung SSO kurz vor Erreichen des Stadtgebietes, ansteigende Werte über Stadtgrenze auf 100 R.*

Der eiligst einberufene Krisenstab der Landesregierung wartete jetzt nur noch auf genaue Informationen, um je nach Ausfall der Ergebnisse die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Über eine Direktverbindung mit der nächsten Rechenzentrale wurden genaue Verlaufsprognosen eingeholt, die Synthese aus den Windverhältnissen, den thermodynamischen Strömungen sowie der Größenordnung des radioaktiven Ausstoßes (fast 90 Prozent der leicht flüchtigen Bestandteile) gebildet und daraufhin die Einteilung der Warnzonen nach einem bereits seit Jahren festgelegten Entwurf durchgeführt.

*Zone A (Strahlenzentrum, mehr als 300 Röntgen pro Stunde): Kreisförmiges Gebiet mit einem Radius von 7 km. Keilförmiges Gebiet mit Winkel alpha = 60° und Radius r = 14 km Winkelhalbierende W alpha in Richtung SSO, nach Windstärke und -richtung variabel.**
Zone B (300 bis 25 R): Ringförmiges Gebiet um das Zentrum mit r_i = 14 km und r_a = 16 km. Erweiterung des Keils aus Zone A um 10 km.*
Zone C (25 bis 1 R): Ringförmiges Gebiet um das Zentrum mit r_i = 16 km und r_a = 32 km. Erweiterung des Keils der Zone B um 32 km.

Als der Katastrophenplan SS (shut & save) alle Einheiten von Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, ABC-Abwehrbataillon* und Strahlenschutzzug erreicht hatte, waren seit der Explosion genau 31 Minuten vergangen. Bei einer mittleren Windgeschwindigkeit von 7 m/sec und einer gewissen Trägheit der Gase bedeutete das also, daß die radioaktive Wolke sich über 10 km von der Kraftwerksruine nach Süden ausgebreitet hatte und jeden Moment die Stadtgrenze erreichen mußte. Weitere kostbare Zeit verstrich, bis die Einsatzleiter ihre Gruppen instruiert hatten. So konnten die Abwehrmaßnahmen nicht vor 11 Uhr 20 wirksam werden.*

Alles Leben im kreisförmigen Gebiet der Zone A war zu diesem Zeitpunkt bereits vernichtet oder unweigerlich zum Tode verurteilt. Eine Evakuierung wurde bei einer Ganzkörperdosis von mehr als 600 R gar nicht erst in Erwägung gezogen, da nach spätestens drei Wochen der Tod eintreten würde. Eine Dosis von 300 R würde immer noch ein Viertel der bestrahlten Personen töten, die Überlebenden würden schwere Verletzungen davontragen und die Zahl der Invaliden sprunghaft in die Höhe treiben ...

Gemäß den Anweisungen in Plan Ss wurden deshalb alle verfügbaren Kräfte zunächst an die Grenzen der Zone A transportiert. Die Dienstanweisung lautete: Hermetische Abriegelung der Zone A und Unterbindung jedes Fluchtversuches ...

Kurzerklärung einiger im Text benutzter Fachbegriffe

Konsistenz: Widerstandsfähigkeit eines Stoffes gegen Formveränderung.
Kohäsiv: fähig, zusammenzubleiben.
Expandiert: ausgedehnt.
Absorptiv: aufsaugfähig.
Variabel: veränderlich.
Shut & save: einschließen & retten. (D.h. die Bewohner der inneren Zone werden eingeschlossen, die der äußeren gerettet.)
ABC: atomare, biologische und chemische Kampfstoffe.
Röntgen (R): laut ICRU (International Commission on Radiological Units = Internationale Strahlungseinheits-Kommission) wurde 1953 für Röntgen folgende Definition festgelegt: Röntgen ist die Einheit der Röntgen- oder Gammastrahlung, deren gesamte Korpuskularstrahlung (Korpuskel = kleinstes Teilchen) je 1 293 Milligramm Luft in Luft Ionen (= elektrische geladene Atome oder Moleküle) erzeugt, die die Ladung von einer elektrostatischen Einheit jedes Vorzeichens tragen (vgl. Alfred Sacklowski, Die neuen SI-Einheiten. Ein Lexikon der Begriffe, Größen und Einheiten in Physik und Technik, Goldmann Taschenbuch 10759). Wenn der Mensch eine Strahlendosis von 1000 R abbekommt, ist er innerhalb einer Woche tot.
r_i = Innenradius (= Abstand vom inneren Rand des Ringes bis zum Mittelpunkt)
r_a = Außenradius (= Abstand vom äußeren Rand des Ringes bis zum Mittelpunkt)
Wtrp. I = Bezeichnung des Atomkraftwerks, von dem in diesem Roman die Rede ist. (Phantasiename)

Der 6. Parteitag der KP Brasiliens

Ende letzten Jahres fand der 6. Parteitag der KP Brasiliens statt. Erst jetzt haben wir die dort diskutierten und beschlossenen Dokumente erhalten. Seit der Neuorganisierung der Partei im Jahre 1962 fanden bisher zwei nationale Konferenzen statt: Im Jahre 1966, nach dem 64er Militärputsch und im Jahr 1978, zwei Jahre nach den schweren Verlusten, die die Partei im Kampf gegen die Diktatur hinnehmen mußte, gleichzeitig am Vorabend jener Streikbewegung Ende 79, die die Lage im Land grundsätzlich veränderte.

Wir denken, daß es auch für unsere Leser von Interesse ist, zumindest einige Aspekte der auf dem Parteitag der brasilianischen Kommunisten geführten Debatten kennenzulernen, handelt es sich doch, von der PAA abgesehen, um die erfahrenste und einflußreichste Partei des revolutionären Kommunismus.

Wir haben aus dem reichhaltigen Material, das in drei Broschüren veröffentlicht wurde („Politischer Bericht an den Parteitag der KPB", „Organisatorischer Bericht an den Parteitag der KPB" und „Kritische Studie über die revolutionäre Gewalt") folgende Punkte ausgesucht, die wir in kurzen Zusammenfassungen darstellen wollen: Über die Entwicklung Brasiliens unter der Diktatur, über die aktuelle politische Lage im Land und über die internationale kommunistische Bewegung. Wir denken, daß dies zunächst einmal die für unsere Leser wichtigsten Fragen sind.

Dabei mußten wir — für dieses Mal — auf die Darstellung ohne Zweifel wichtiger Ereignisse und ihrer Bewertung durch die brasilianischen Genossen verzichten, wie etwa den Partisanenkampf im Araguia-Gebiet und andere mehr, worauf wir noch zurückkommen werden.

Viele objektive Veränderungen

Über die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft und der sozialen Klassen unter der Militärdiktatur

Einen breiten Teil im „Politischen Bericht an den Parteitag" nimmt die Darstellung „Das Brasilien unserer Tage" ein, in dem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten 20—25 Jahre untersucht werden.

Der erste entscheidende Punkt dabei ist die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Einige Zahlen sollen dies belegen: Von 1960 bis 1980 stieg die Rohstahlerzeugung Brasiliens von 3 auf 14 Millionen Tonnen pro Jahr, der Schiffbau von 160000 BRT auf weit über 2 Millionen. Auch die Zementproduktion stieg in diesem Zeitraum von 4,5 Millionen auf 26,5 Millionen Tonnen. Ab 1968 gibt es die Flugzeugindustrie, die seither fast 3000 kleinere Flugzeuge gebaut hat, seit mehreren Jahren werden im Land Computer hergestellt, Brasilien ist heute bereits ein wichtiger Waffenhändler geworden. Eine Liste, die sich beliebig verlängern ließe und deutlich macht, daß die industrielle Erzeugung in allen Branchen in diesem Zeitraum einen wesentlichen Anstieg zu verzeichnen hatte. Im ersten Halbjahr 1980 wurden bereits für 4,1 Milliarden Dollar Industriegüter exportiert, was es vor 20 Jahren noch gar nicht gegeben hatte usw. usf.

Sozial führte dies einerseits zum Absinken des Anteils der Landbevölkerung von 55 Prozent im Jahre 1960 auf 44 Prozent zehn Jahre später, und auf nur noch 37 Prozent im Jahr 1980. Gleichzeitig stieg die Zahl der Industriearbeiter von 1,2 Millionen 1950 auf mehr als 7 Millionen 1976 und ist seitdem weitergestiegen.

Auf dem Lande bildete sich in diesem Zeitraum der Agrarkapitalismus immer stärker heraus, auf rund 5 Millionen wird die Zahl der Landproletarier, die unter eher kapitalistischen Bedingungen arbeiten und leben, inzwischen geschätzt. Das Gewicht des „reinen" Großgrundbesitzers ist dementsprechend gesunken, eine zunehmende Verschmelzung mit der kapitalistischen Klasse hat stattgefunden und findet weiterhin statt.

Vor allem in Spezialprodukten, wie etwa der Sojabohne, sind auch reiche Einzelbauern, die mit ihrer Familie, ohne Arbeitskräfte, hoch technisierte Betriebe führen, entstanden.

Diese Entwicklung hat zur wachsenden Land- und Arbeitslosigkeit geführt und zu immer massiverer Landflucht. Allein aus dem Bundesstaat Paraná etwa sind zu Ende der 70er Jahre 1,1 Millionen Menschen ausgewandert.

Die oben genannte Entwicklung der Industrie konzentriert sich vor allem auf die „drei Staaten des Südostens", die Bundesstaaten Rio, Sao Paulo (vor allem) und Minas Gerais. 1976 arbeiteten in diesen drei Bundesstaaten 70,6 Prozent aller Industriearbeiter und mit der industriellen Produktion verbundener Menschen (Handel und Transport). Nur noch die drei südlichen Bundesstaaten (Paraná, Santa Catarina und Rio Grande) haben eine gewisse industrielle Bedeutung, sie umfassen weitere 16,9 Prozent der „industriellen Bevölkerung", die restlichen 16 Bundesstaaten teilen sich die übrigen 12,5 Prozent.

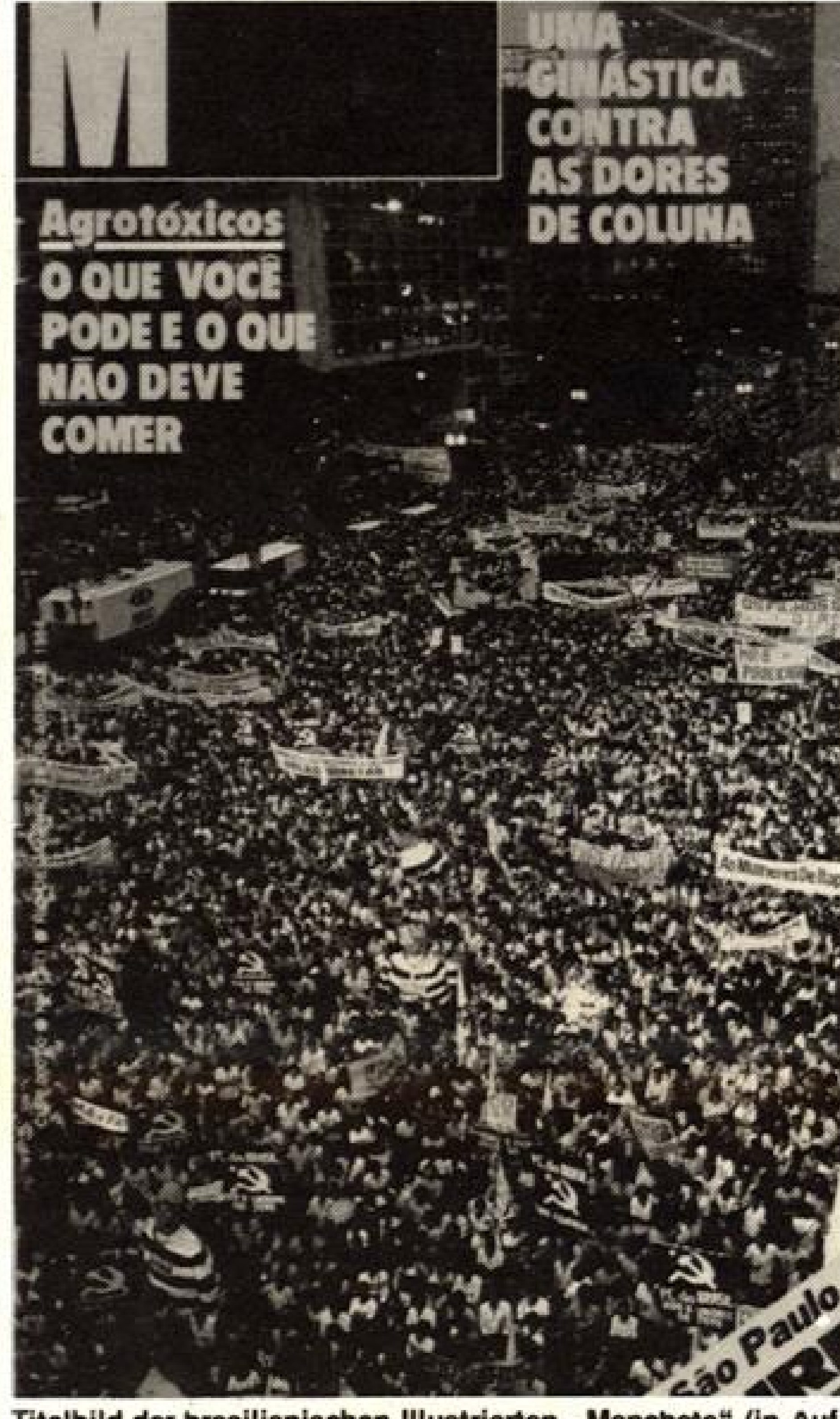
Verstärkung der kapitalistischen Klasse und der Arbeiterklasse auf der einen Seite, des Landproletariats und der Agrarkapitalisten auf der anderen — das wird ergänzt durch die wachsende Polarisierung der Kleineigentümer auf dem Land und der städtischen Kleinbourgeoisie (wo inzwischen über 53 Prozent der Ärzte beispielsweise in Angestelltenverhältnissen leben, wie auch die Lehrer).

Der zweite entscheidende Punkt um die gegenwärtigen Strukturen Brasiliens zu verstehen, ist es, die Ausweitung des Einflusses des ausländischen Großkapitals zu betrachten. Wie es im Bericht steht *„die Entwicklung hat in Brasilien ohne Zweifel stattgefunden, aber es war und ist eine Entwicklung, die geprägt ist von der Abhängigkeit"*.

Ausländisches Kapital ist im Laufe der 70er Jahre versechsfacht worden. Es kontrolliert 100 Prozent der Autoindustrie (mit über einer viertel Million Beschäftigten), der Gummierzeugung und der gesamten chemischen Industrie (einschließlich der Pharmazeutischen, ohne die Petrochemische, an der der Staat neben dem ausländischen Kapital mitbeteiligt ist), jeweils 80 Prozent der elektrischen und elektronischen Industrie, 70 Prozent der Aluminiumerzeugung. Von den 16 Investmentbanken der 70er Jahre gab es nur zwei ohne maßgebenden ausländischen Einfluß.

Die ausländischen Finanzgruppen kontrollieren weitgehend den Außenhandel, das Transportwesen und die Erzförderung. Auch diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Diese beiden Entwicklungslinien zusammen, so wird in dem Bericht an den Parteitag unterstrichen, bringen wichtige Veränderungen der Lage hervor, die vom revolutionären Gesichtspunkt aus betrachtet, Schlußfolgerungen erfordern. Heute ist das Proletariat, einschließlich seiner Verbündeten auf dem Lande, die eindeutige Mehrheit der Nation. Der Einfluß der Arbeiterklasse im Lande wächst. Eine wachsende Anzahl von Menschen aus dem Kleinbürgertum sucht das Zusammengehen mit den Arbeitern im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen. Die brasilianische Großbourgeoisie wird zu einer immer deutlicher reaktionären Kraft und ihre Verbindung mit dem Imperialismus und den Großgrundbesitzern machen sie zu einem Teil des Blocks der Feinde der Revolution.



Titelbild der brasilianischen Illustrierten „Manchete" (in Auflage und Richtung etwa dem „Stern" vergleichbar) von der Demonstration der zwei Millionen Menschen für Direktwahlen in Sao Paulo. Zu erkennen — Emblem Hammer und Sichel — zahlreiche Plakate der KP Brasiliens.

Zur kommunistischen Weltbewegung

Im vorletzten Abschnitt des politischen Berichtes an den Parteitag nehmen die brasilianischen Genossen Stellung zur Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung. Dabei heißt es unter anderem:

„Die Stärkung der marxistisch-leninistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit hängt von einer ganze Reihe von Faktoren ab, unter denen der der Erfolge bei der Mobilisierung der Massen und in der revolutionären Aktion herausragt. Um sie zu erringen, genügt es nicht, Prinzipien zu proklamieren, man muß sie im dauernden Kampf an der Seite der Arbeiter konkretisieren ...

Der wichtigste Schritt um den revolutionären Weg zu begehen, wurde getan: Der Bruch mit dem Revisionismus. Ohne diesen Bruch, tiefgehend und radikal, kann man nicht vorwärtskommen. Jetzt ist es das wichtigste, sich eng mit den Massen, vor allem der Arbeiterklasse zu verbinden, eine vielfältige Arbeit im Laufe des realen politischen Lebens, so wie es ist und nicht wie man wünschte es sei, zu entwickeln. Es muß mit einer bestimmten freiwilligen Beschränktheit Schluß gemacht werden, die zum Sektierertum und zur Perspektivlosigkeit führt, es muß dafür gekämpft werden, die Parteien in Parteien der politischen Aktion zu verwandeln, die eine breite und flexible Taktik anwenden, die den Bedingungen des jeweiligen Landes angepaßt ist.

Um von unserer Erfahrung zu sprechen, glauben wir, daß es dabei sehr nützlich ist, eine genaue Vorstellung davon zu gewinnen, was für eine Rolle die revolutionäre Vorhut haben muß, indem man sich dazu die Schrift Lenins „Der linke Radikalismus —Kinderkrankheit des Kommunismus" erarbeitet, die den Beginn der Arbeit der Parteien, die durch die Komintern geschaffen wurden, betrachtet."

Die aktuellen Ziele der KPB

Welcher Ausweg für Brasilien?

Nachdem im politischen Bericht sehr ausführlich die politische Entwicklung der letzten Jahre betrachtet wird, wobei insbesondere die große Streikbewegung der Jahre 79 und 80 als wichtiger Einschnitt betrachtet wird, werden die Ziele, die sich daraus für den Kampf der Partei ergeben, zusammengefaßt.

Nach 1980, davon wird ausgegangen, mußte die Partei ihre Taktik in bestimmtem Umfang ändern. Damals gab es die Amnestie, die Abschaffung der Zensur in der Presse, die Wiederzulassung der Parteien, und die offizielle Abschaffung des Sondergesetzes AI 5, das eine entscheidende Basis der Militärdiktatur gewesen war. Die „Abertura" des „Präsidenten" Figueiredo trat auf den Plan, die „Öffnung" also, deren Kern formale Veränderungen, eine Reihe von Zugeständnissen, bei Beibehaltung der wesentlichen Grundelemente des Systems (auch des Terrors) war.



Vorsicht — Drachen frißt nur Generale", damit lief dieses liebe Tierchen auf der Demonstration mit ...

Zugespitzt hat sich der Kampf gegen diese „Abertura" im Kampf um die Direktwahlen für die nächste Präsidentschaft, der die größten Demonstrationen der brasiliansichen Geschichte hervorbrachte. Dieser Kampf, das wird in den Beschlüssen des Parteitags unterstrichen, wird weitergehen.

Der Weg, den die KP Brasiliens für die weitere demokratische und unabhängige Entwicklung des Landes vorschlägt, läßt sich kurz zusammengefaßt so darstellen:

Das Regime der Militärs, das diesen heutigen autoritären Staat schuf, muß gestürzt werden. An seine Stelle soll eine demokratische Übergangsregierung treten, die eine souveräne verfassungsgebende Versammlung einberuft. Diese Regierung muß ein Minimalprogramm verwirklichen, die Abschaffung aller antidemokratischen Gesetze, die Auflösung der 300000 Mann starken verschiedenen Geheimdienste, der Bruch mit dem IWF und die Aussetzung der Schuldenzahlung bis zu einer Volksabstimmung darüber, eine Reihe sozialer Sofortmaßnahmen. Diese Regierung soll aus den demokratischen Kräften und den Organisationen der Volksmassen gebildet werden. Die Arbeiterklasse muß an dieser Regierung durch ihre Massenorganisationen oder direkt durch ihre Vorhut, die KPB vertreten sein. Es wird vom Beitrag der Arbeiterklasse und der Volksmassen zum Sturz des gegenwärtigen Regimes abhängen, wie weit in dieser Regierung die fortgeschrittensten sozialen Sektoren der Einheitsfront vertreten sein werden.

Der Weg dahin muß in der Schaffung einer Front der Demokratie und der Volkseinheit liegen, nicht als künstlich erdachte Losung, sondern als Ergebnis der Radikalisierung der Massen, des Verstehens des nötigen Sturzes des Regimes, des Ausbaus solcher Entwicklungen wie die Organisierung zahlreicher Gewerkschaftsorganisationen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, der wachsende Debatte der Arbeiterklasse um einen Generalstreik.

Diese Vorstellungen, so wird in dem Bericht gesagt, stoßen auch auf Widerstand. Da gibt es innerhalb der Volksbewegung Kräfte, die für „maßvolle Aktionen" eintreten, weil sie die Wucht eines Gegenschlags der Reaktion oder internationales Eingreifen fürchten. Da gibt es die politischen Organisationen, die eine selbständige, unabhängige Organisierung breiter Massen eifersüchtig betrachten und verhindern wollen, eine Strömung, die vor allem von den reformistischen Organisationen vertreten wird. Dies alles sind Tatsachen. Was aber nur beweist, daß es in jeder Einheit auch Auseinandersetzungen gibt. Hierfür muß die Partei gerüstet und gewappnet sein.

Das sind die aktuellen Ziele, die die KPB im heutigen Kampf unter diesen Bedingungen anvisiert. Dabei wird betont, daß dies einerseits der Weg ist zu dem, was die Partei programmatisch fordert, eine brasilianische Volksdemokratie auf dem Wege zum Sozialismus, andererseits es sich nicht um Floskeln handelt, sondern um ein Ziel, das in der jetzigen Lage angesteuert werden muß, um eine **grundsätzliche Wende** zu erreichen.

Meldungen

Israel

Terrorist verurteilt

ISRAEL. — Erstmals hat ein israelisches Gericht einen antiarabischen Extremisten zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Gilad Peli war Angehöriger einer Gruppe, der die Planung von Anschlägen gegen Moscheen und gegen drei palästinensische Bürgermeister im Westjordangebiet zur Last gelegt wurden. Als Leiter einer landwirtschaftlichen Schule im besetzten Gebiet hatte er Sprengstoff und Waffen gestohlen bzw. transportiert, die zur Terrorisierung der palästinensischen Bevölkerung dienten. Nicht wegen der gestandenen Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppierung, sondern nur wegen der Waffendelikte wurde Peli verurteilt. Ansonsten hätte das Urteil — 10 Jahre Gefängnis — noch höher ausfallen müssen. Die zunehmend aggressiver werdenden rechtsextremen Siedlerbanden, die von hohen und höchsten Kreisen in Israel gedeckt und unterstützt werden, bleiben in ihrer Gesamtheit aber weiterhin relativ unbehelligt.

Die „offizielle“ Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch die israelische Armee geht unterdessen ungehindert weiter. In der südlibanesischen Stadt Natalieh haben israelische Soldaten in der vergangenen Woche einen siebenjährigen Jungen erschossen. Wie das libanesische Fernsehen meldete, ereignete sich dieser Mord, als eine israelische Militärpatrouille die Stadt durchkämmte. Die ganze Stadt Nabatieh ist nach einem Attentatsversuch auf den Militärgouverneur der Besatzertruppen von der israelischen Armee praktisch belagert und die Bevölkerung wird terrorisiert. Mit dieser Kollektivstrafe gegen die Bevölkerung will die zionistische Armee den Widerstand gegen ihre Besatzung im Südlibanon brechen.

Chile

Ausnahmezustand verlängert

In Chile hat die Pinochet-Diktatur erneut den Ausnahmezustand über das Land verlängert. Für weitere drei Monate sind fast alle — soweiso schon geringen — demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt, der Willkür der Polizei und der Gerichte Tür und Tor geöffnet. Verhaftungen und Verurteilungen bedürfen danach keinerlei „Regeln“ mehr, Widerstand in fast jeder Form ist strafbar.

Unterdessen wurde bekanntt, daß chilenische Waffenfirmen im Golfkrieg engagiert sind. Die chilenischen Rüstungsfirma Cardoen Explosivos hat am vergangenen Donnerstag eine Lieferung von Splitterbomben an den Irak getätigt. Das gab ein Sprecher des Unternehmens, Daniel Prieto, in Santiago bekannt. Über die Zahl der Bomben gab er keine Auskunft. Schon im März hatte das Unternehmen, das die Splitterbomben in schweizer Lizenz herstellt, eine solche Lieferung an den Irak gemacht.

US-Senat gegen Verbot einer Intervention

US-Kampftruppen nach Mittelamerika?

Erfolg für Ronald Reagan

Washington. — Die aggressive, kriegslüsterne Politik Ronald Reagans in Mittelamerika hat jetzt die offizielle Unterstützung des US-Senats erhalten. In der vergangenen Woche hat der Senat zwei Zusatzanträge zum Verteidigungshaushalt 1985 abgelehnt, die die Mittelamerika-Politik betrafen. Mit 63 gegen 31 Stimmen votierte der Senat gegen ein Verbot der Entsendung amerikanischer Kampftruppen nach Nicaragua oder El-Salvador und mit ähnlicher Mehrheit gegen einen Antrag, die Mittel für verdeckte Aktionen in Nicaragua zu streichen.

Damit haben Ronald Reagan und seine Mannschaft freie Hand und Rückendeckung für die Weiterführung ihrer imperialistischen Politik. Destabilisierung, Unruhe schaffen, Spionage und Sabotageaktionen können die USA durchführen, um ihre Ziele der Macht- und Einflußausübung über Mittelamerika durchzusetzen. Reicht diese Form der Politik nicht aus — die der US-Imperialismus natürlich lieber anwendet, als eine direkte militärische Intervention — ist ein Eingreifen der Truppen im Sinne des Senats aber immer noch ein „legales“ Mittel dieser Politik.

Die Bedrohung der mittelamerikanischen Staaten, insbesondere Nicaraguas, aber auch El Salvadors, wo die Befreiungskräfte eine große Macht darstellen, ist damit wieder einmal verschärft worden. Alle diplomatischen Lösungen, alle Verhandlungen und Abkommen sind für die USA nichts wert. Passen sie nicht in die Strategie des US-Imperialismus — das hat die Debatte im Senat deutlich gemacht — so werden die USA versuchen ihre Ziele militärisch durchzusetzen.

Mit einer großen Mehrheit — 77 gegen 3 Stimmen — wurde im Senat eine besonders aggressive politische Erklärung gegenüber Kuba verabschiedet. Darin heißt es: *„Die USA sind entschlossen, mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich von Gewalt das marxistisch-leninistische Regime von Kuba daran zu hindern, daß es seine aggressiven oder subversiven Handlungen auf irgendwelchen Teil unserer Hemisphäre ausweitet.“*

Insgesamt wurden am vorletzten Donnerstag in Washington Rüstungsprogramme für insgesamt 291 Milliarden Dollar vom Senat bewilligt. Zu den Projekten gehört die Produktion neuer Waffensysteme wie der MX-Rakete, des B-1-Bombers, die weitere Produktion der Pershing II-Rakete und verschiedener Typen von Cruise Missiles.

Am Tag zuvor hatte der US-Senat einen Antrag abgelehnt, bis 1990 ein Drittel der in Westeuropa stationierten US-Truppen abzuziehen, sofern die NATO-Verbündeten ihre Rüstungsausgaben nicht steigerten. Zugleich forderte der Senat die westeuropäischen Staaten allerdings auf, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen. Der Abzug der US-Truppen wurde aber nicht angedroht. Der Vorsitzende im Militärausschuß im Senat, der Republikaner John Tower, betonte in der Debatte, Amerika unterhalte seine Truppen in Europa ja nicht, um die Europäer, sondern vielmehr, um eigene nationale Interessen zu verteidigen. Deutliche Worte.



Weiterhin volle Unterstützung durch die USA — antisandinistische Rebellen in Nicaragua

Britischer Bergarbeiterstreik

Streikfront ungebrochen

Die seit mehr als 15 Wochen im Kampf für ihre Arbeitsplätze — gegen ein Stillegungsprogramm der Regierung — stehenden britischen Bergarbeiter geben nicht auf. Nachdem erste erzwungene Verhandlungen wieder abgebrochen wurden und die Polizeieinsätze und die Aushungerpolitik der Regierung nichts bewirkt haben, versucht der Chef der staatlichen britischen Kohlebehörde NCB, Ian MacGregor, die Bergarbeiter einzeln zu verunsichern. In einem Brief appelliert er an die Streikenden, die Arbeit schnellstens wieder aufzunehmen, da sonst irreparable Schäden an 20 bis 30 Zechen auftreten würden. Verantwortlich dafür machte der Kohleboß die Gewerkschaft NUM, die den Streik führt. Einschüchtern ließen sich die Kumpel allerdings nicht.

Ein Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft meinte in einer ersten Reaktion auf den Brief MacGregors, daß die Mehrheit der Streikenden das Schreiben „mit der Verachtung, die es verdient, behandeln“ werde. Der Präsident der Gewerkschaft NUM, Arthur Scargill stellte lakonisch fest, der Brief „bestärkt unsere Entschlossenheit zum Sieg“.

Diese Entschlossenheit zum Sieg kommt auch aus der wachsenden Solidarität anderer Gewerkschaften. So hat die größte britische Stahlarbeitergewerkschaft, ISTC, den Bergarbeitern in der vergangenen Woche ihre Unterstützung zugesagt, und damit die Kräfteverhältnisse im Arbeitskampf gegen die staatliche Kohlebehörde entscheidend verändert.

Ebenfalls in der vergangenen Woche hatten die Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft die über Eisenbahnen geleitete Versorgung der britischen Stahlwerke mit Kohle und anderen Brennstoffen verhindert.



Streikalltag in England. Berittene Polizei gegen Bergarbeiter. Dies Foto aus dem „Morning Star“ zeigt die Härte, mit der der Arbeitskampf für die Rettung Tausender Arbeitsplätze im britischen Kohlebergbau geführt wird.

Türkei: Weiterhin Hungerstreiks gegen Folter

Wieder Tote in den Gefängnissen

Türkischer Außenminister schachert in Bonn

In den letzten Tagen sind erneut vier politische Gefangene in der Türkei nach langem Hungerstreik gestorben. Nach Angaben des Kriegsrechtskommandos in Ankara sind damit seit Beginn des Hungerstreiks am 10. April dieses Jahres zehn Häftlinge gestorben. Die letzten drei Opfer des Verzweiflungskampfes gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die Folter waren kurz vor ihrem Tod aus dem Instanbuler Militärgefängnis in das dortige Militärhospital verlegt worden. Zwölf Hungerstreikende liegen dort noch im Koma.

Auf einer Pressekonferenz in Ankara teilte Ministerpräsident Özal mit, die Regierung sei weiterhin nicht bereit, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen. Er wies die Forderung nach Anerkennung als politische Gefangene ebenso zurück wie den Verzicht auf weitere Todesurteile. Allein in der letzten Woche haben die türkischen Kriegsgerichte wieder 28 Todesurteile ausgesprochen. In der osttürkischen Stadt Erzincan verurteilte ein Sondergericht allein 27 Angeklagte zum Tode, sieben Angeklagten wurde die Todesstrafe zu legenslanger Haft „ermäßigt“, weitere 156 Angeklagte des Prozesses wurden zu Gefängnisstragen von drei bis zu 24 Jahren verurteilt.

Als Reaktion auf die Todesurteile und die Hungerstreiks besetzten letzte Woche türkische Patrioten das Pan-Am-Büro in Paris. Auch in vielen westdeutschen Städten kam es zu Protestaktionen und Solidaritätshungerstreiks. Am vergangenen Freitag demonstrierten rund 300 Türken vor dem Bundeskanzleramt für die „im Todesfasten befindlichen Revolutionäre in den Gefängnissen von Metris und Sagmalcilar“.

Anlaß dieser Demonstration die durch Polizeieinsatz beendet wurde, war der Besuch des türkischen Außenministers in Bonn. Nach Angaben des in Westberlin lebenden Schriftstellers Özdemir Basargan sind seit der Machtübernahme der Militärs am 12. September 1980 47 politische Gefangene hingerichtet worden. Gegen rund 300000 Personen liefen Ermittlungsverfahren. Von den auf 30000 bis 35000 geschätzten politischen Gefangenen seien seit der Parlamentswahl im vergangenen November 101 Häftlinge zum Tode verurteilt worden, in weiteren 518 Fällen fordere die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe.

Das alles war natürlich kein Thema des Besuchs des türkischen Außenministers in Bonn. Mit seinen Gesprächspartnern, vor allem Zimmermann und Genscher, verhandelt Außenminister Halefoglu um konkrete Geschäfte. In einem Interview mit dem „Bonner General-anzeiger“ machte er dies vergangene Woche deutlich: Im Gegenzug zu möglichen Zugeständnissen bei der 1986 anstehenden Freizügigkeitsklausel für Türken im Rahmen der EG-Integration erwartet die türkische Regierung vor allem Geld. Dazu gehört die 1,5-Milliarden-DM-EG-Hilfe, die seit längerem auf Eis liegt, finanzielle Hilfe bei erhöhter Gastarbeiterrückwanderung und massivere Rüstungshilfe.

Die blutigen Geschäfte der BfG

Auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV in München wurde bekannt, daß die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) im Rahmen eines Bankenkonsortiums den Bau von Fregatten durch bundesdeutsche Werften für die Türkei finanziert. Während die Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Mathies lediglich sagte, sie stehe „kritisch“ zu der Entscheidung der Bank und erklärte „Ich bin nicht zufrieden mit dieser Entscheidung“, Löste die Nachricht bei vielen Delegierten helle Empörung aus. Einer meinte unter starkem Beifall, er sei betroffen darüber, daß es „nicht nur Schweinereien bei der Neuen Heimat gebe, sondern auch Geschäfte gewerkschaftseigener Unternehmen, an denen buchstäblich Blut klebt“.

Die Bonner Regierung, die ihre Wirtschaftshilfe für die Türkei nie ausgesetzt hat, will sich auch stark machen für eine 130-Millionen-Mark-NATO-Verteidigungshilfe. Mit diesen Zusagen sollen die Selbstbeschränkungen in Sachen Freizügigkeit der türkischen Regierung erkauft werden. Was darüber hinaus noch an Abkommen, Abmachungen über die Auslieferung politischer Asylanten in der Bundesrepublik getroffen wurde, ist nicht bekannt. Obwohl die türkische Regierung erst kürzlich einer Bundestagsdelegation die Einreise verweigert, die sich die Situation der Menschenrechte in diesem „NATO-Partnerstaat“ ansehen wollte, verliefen die Gespräche nach Aussagen eines Sprechers von Innenminister Zimmermann in „sehr verständnisvoller und harmonischer Atmosphäre“.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



EIGENTUMSSICHERUNG

***Das Eigentum
muß immer
in den Händen dessen
bleiben
der es geschaffen hat
sagte der Chef
in der Betriebsversammlung***

***Endlich
ein klares Wort
sagten die Arbeiter
und schmissen ihn raus
aus ihrem Betrieb***

Knut Becker

Unser Sonderkorrespondent berichtet vom aktuellen Stand der Tarifverhandlungen:





**Unternehmer unser,
Der Du schwimmst im Gelde,
Geheiligt werde Dein Kapital,
„Dein" Geld komme,
Dein Wille geschehe,
Wie in Bonn also auch in den
Betrieben
Führe uns in die Krise
Und gib uns die Schuld
Wie auch wir verzichten auf
unsere Forderungen,
Denn Dein ist das Reich, die
Macht und die Gerichtsbarkeit
In Ewigkeit?**

Amen

umgedichtet von einem VW-Kollegen



Bitte eines Druckers

*Der von der Aussperrung
bedrohte Drucker
Werner B. aus W.
schrieb einen Bittbrief
an den Bundestag:
Sehr geehrte Herren
undsoweiter...
Wie ich erfahre
ist es nach Paragraph 3
Absatz 3 des
Tierschutzgesetzes
unter Strafe verboten
ein Tier auszusperren
um sich seiner
zu entledigen.
Deshalb bitte
ich höflichst darum,
mich ab sofort
unter das Tierschutzgesetz
zu stellen...*

Reiner Taudien

„Wenn die Arbeitgeber nun mal partout dagegen sind, dann laßt sie um Himmels willen länger arbeiten; Hauptsache: wir arbeiten kürzer."









NEULICH BEIM AUGENARZT...





PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Kriegspakt EG?

Diskussionsveranstaltung von BWK, KPD und NHT. Es sprechen Detlev Schneider und Alfred Schröder.
Samstag, 7.7.1984, Haus der Jugend, Frankfurt Sachsenhausen, Deutschherrenufer, 14.00 Uhr, Raum A.

EINLADUNG — FRAUENKONFERENZ

Nach der ersten zentralen Frauenkonferenz finden noch regionale Konferenzen statt. Dazu sind alle Genossinnen, Frauen von Genossen und interessierte Frauen herzlich eingeladen. Hauptthema: „Probleme der Frauen in der KPD". Wir berichten aber auch über die Frauenkonferenz und diskutieren aktuelle Fragen.

NORD

NORD (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen)
Samstag, 23.6.1984, 11.00 Uhr,
Gaststätte Sorbas, Jarrestr. 27
Hamburg (vom Hauptbahnhof U-Bahn Linie 3 bis Saarlandstraße)

Verschoben auf 30.6., 14.00 Uhr

MITTE

MITTE (NRW, Rheinland, Hessen)
Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr,
Büro Dortmund, Wellinghofer Str. 103
Dortmund

SÜD

SÜD (Ba-Wü, Saarland, Pfalz, Bayern)
Samstag, 30. 6. 1984, 11.00 Uhr,

Termin 30.6.
Stuttgart, 11.00 Uhr, Bücherstube Ost, Hausmannstr. 107, 7000 Stuttgart 1

BERLIN

BERLIN Termin noch offen

Natürlich könnt ihr auch zu einem anderen Termin kommen, wenn ihr den für euren Bereich festgelegten nicht wahrnehmen könnt.

BREMEN:

Deutsch-Albanisches Freundschaftsfest

SONNABEND, 30. Juni
BÜRGERHAUS 15.30 - 18.30
OSLEBSHAUSEN
AM NONNENBERG 40



Ortsgruppe Bremen

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.